Gewerkschaftliche Rundschau

Anschauungsunterricht für Proletarier

Die Mannesmannröhrenwerke, Saarbrücken, — von denen selbst die Presse der Schwerindustrie zugibt, daß sie unter dem abgeschlossenen Tarif bezahlten — haben ihr Röhrenwalzwerk in Bous a. d. Saar stillgelegt. Dann hat das Werk Listen aufgelegt, in das sich Arbeiter einzeichnen können, die gewillt sind, länger als 48 Stunden zu arbeiten unter gleichzeitiger Kürzung des Lohnes um 25 bis 32 Prozent!

Das ist Grundsatzfestigkeit, die imponierend wirkt. Das Unternehmertum kann sich das leisten, weil es seine Klassengenossen und die Gewerkschaften auf seiner Seite weiß. Würden die Proletarier diese Konsequenz aufbringen, würde am Ausgange des Kampfes nicht eine Minute Zweifel bestehen. Die Ausgesperrten werden natürlich ihre Arbeitslosenunterstützung aus der Gewerkschaftskasse bekommen und werden ihre weise Vorsicht rühmen, daß sie in der Gewerkschaft geblieben sind. Die Gewerkschaften aber werden an Hand der letzten Kassenabrechnung überzeugend nachweisen, daß eine Erzwingung der Einstellung durch Anrufung der Solidarität nicht möglich sei. Sie werden den Proletariern rechnerisch beweisen, daß es möglich wäre, wenn alle in der Gewerkschaft wären und viel höhere Beiträge bezahlten. Schaffung eines großen Fonds werden sie nun als das wichtigste hinstellen.

Die Taktik der Gewerkschaften im süddeutschen Metallarbeiterstreik und die Schreibereien der „Betriebrätezeitung“ des ADGB. zwingt die Unternehmer förmlich zu dieser Handlungsweise. Wenn diese Taktik der Unternehmer und der Gewerkschaften den denkfähigen Proletariern nicht den Weg des Zusammenschlusses als Klasse weist — der in den Betrieben die Keimzelle der Organisation hat — dann wird es mit der Befreiung der Arbeiterklasse noch gute Weile haben.

Neuer Bergarbeiterstreik

Im Oberharz sind rund 20 000 Arbeiter der Erzbergwerke wegen Lohnforderung in den Streik getreten. Zu einem Grundlohn von etwa 90 Mark pro Schicht forderten die Arbeiter Anfang April eine Zulage von 40 Mark. Am 15. April wurde ihnen darauf eine Höchstzulage von 12 Mark angeboten. Viele Wochen schleppten die Gewerkschaften die Verhandlungen in die Länge. Jetzt, Ende Mai, wurden vom Schlichtungsausschuß 27,50 Mark für Vollhauer zugestanden, während die große Mehrzahl der Förderleute, Bauarbeiter und Tagelöhner nur 6 bis 17 Mark Schichtzulage erhielt. Sofort wurden in den meisten Betrieben Urabstimmungen vorgenommen. Fast durchweg waren zirka 95 Prozent für den Streik. Stillgelegt sind etwa ein halbes Dutzend staatliche Gruben. Das ist eine Szene des großen zwischen Kapital und Gewerkschaften verabredeten Abwürgungsaktes des Proletariats. Diese Proletarier haben schon das Todesurteil ihres Streikes unterschrieben, als sie gesetzlich-gewerkschaftlich zu verhandeln und zu streiken begannen.

Sieger werden die Proletarier erst bleiben, wenn sie dem mächtigen Verbündeten des Kapitals, den Gewerkschaften, das Genick umdrehen. Erst dann ist die Bahn frei, dem Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen.

Wir, der Herr Vorstand

Wieder hat ein Teil des Proletariats die **Macht der Gewerkschaften** auf seine eigenen Rippen zu fühlen bekommen. **„Wir, die Organisation, haben beschlossen, mit dem heutigen Tage den Streik abzubrechen.“** So erklärte der **Vertreter des Fabrikarbeiter-Verbandes**, Hamann, in der letzten **Versammlung der streikenden** Belegschaft der Norddeutschen Kabelwerke Neukölln. Der Streik war wegen der ungerechtfertigten Entlassung von zwei Kollegen und des Betriebsrats-Obmannes aus Anlaß der Maifeier ausgebrochen und sollte die Firma zur Wiedereinstellung der Gemaßregelten zwingen. Nach zehntägigem Streik hatte der Verband, die Sanktion zum Streik noch nicht gegeben. Nach weiteren acht Streiktagen brach der Verband durch die eingangs wiedergegebene Erklärung diesem glänzenden Solidaritätsstreik das Genick, trotzdem von den drei Gemaßregelten zwei auf dem Pflaster bleiben. Hier muß hervorgehoben werden, daß die Belegschaft mit 362 gegen 8 Stimmen hinter den Gemaßregelten stand! Durch diesen Verrat des Verbandes ließ sich ein Teil der Belegschaft einschüchtern. Immerhin wurden noch 246 Stimmen für die Fortsetzung des Streiks abgegeben. Trotz dieses offensichtlichen und durch die Zellentaktiker zugegebenen Verrates predigen diese immer noch ihr „Hinein in die Gewerkschaften! Erobert die Gewerkschaften, damit wir „Kommunisten“ der 3. Internationale diese Posten bekommen.

Wieviele Schläge und Niederlagen wird der Proletarier noch erdulden, bis er erkennt, daß dieses Gewerkschaftssystem mit dem Kapitalismus aufgewachsen und mit ihm im Laufe der Zeit so verwachsen ist, daß es jetzt ein Stück des Kapitalismus selbst ist. Erst muß dieser Schutzdamm des Kapitals gestürzt werden, ehe der Kapitalismus selbst beseitigt werden kann.

Hoffentlich wird durch diese Niederlage wieder einem Teil unserer Belegschaft die Augen geöffnet.

Berlin. Schon zieht die Niederlage der süddeutschen Metallarbeiter in der Frage der Verlängerung der Arbeitszeit seine Kreise. In Berlin versuchen schon verschiedentlich die Unternehmer, besonders in der Metallindustrie, Vorstöße zur Durchbrechung der achtstündigen Arbeitszeit. So erfuhr in diesen Tagen die Arbeiterschaft der Sanitas A. G., Müllerstraße, gänzlich unvorbereitet, daß die Firma vom Demobilmachungsausschuß die Erlaubnis erhalten habe, Ueberstunden zu machen. Unsere Genossen nagelten in der Betriebsversammlung die unzulängliche gewerkschaftliche Taktik fest und brachten der Betriebsbelegschaft die Ueberzeugung bei, daß jede Ueberstunde prinzipiell abzulehnen sei, welche Erkenntnis im einstimmigen Beschluß der Belegschaft festgelegt wurde, keine Ueberstunden zu leisten.

Aus der Union

Am 27. und 28. Mai fand in Barmen eine gutbesuchte Bezirkskonferenz der AAU. für Rheinland-Westfalen statt. Vertreten waren 16 Ortsgruppen mit 27 Delegierten und 12 Gästen. Presse und Reichsarbeitsausschuß waren je durch ein Mitglied vertreten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machten Delegierte darauf aufmerksam, daß von der „Essener Richtung“ drei Mitglieder ohne Mandat von einer Ortsgruppe anwesend sind. Weiter wurde festgestellt, daß sie keine Beiträge abliefern, auch weitere organisatorische Verfehlungen wurden ihnen zum Vorwurf gemacht. Erst nach mehrmaligem Auffordern gaben sie eine schwächliche Erklärung ab; auch wollten sie unter allen Umständen Stimmrecht haben. Es wurde der Konferenz angeraten, erst das Referat und Korreferat über Programm und Taktik zu hören, da würde es sich herausstellen, wer die Grundsätze der AAU. verlassen, und somit sich außerhalb der Organisation gestellt hätte.

Das Referat hielt ein Mitglied des provisorischen Reichsarbeitsausschusses. Einleitend wurde betont, daß die Differenzen nicht nur mit der Artikelserie ihren Anfang genommen hätten, sondern lange vorher zu bemerken waren.

Es wurde an Hand der bisherigen Literatur nachgewiesen, daß wir, also „Berliner Richtung“, nicht das Programm verlassen haben, immer noch auf dem Standpunkt stehen, daß die Union **alle Kämpfe** des Proletariats zu unterstützen hat, versuchen muß, ihnen Ziel und Richtung zu geben, und damit nicht warten kann bis zum „entscheidenden Stadium“.

Der Korreferent hielt uns entgegen, daß Lohnkämpfe nur **von einem Teil des Proletariats** geführt werden, also **keine Klassenkämpfe wären.** Jetzt, in der Todeskrise des Kapitals, sei eine Besserstellung des Arbeiters unmöglich, daher reformistisch. **Ihr Prinzip ist, jeden Lohnstreik zu bekämpfen.** Sie unterstützen nur die Kämpfe, die zum Ziel haben die politische Macht des Proletariats und **üben nur mit denen Solidarität, die bewußt darum kämpfen.** (Also Sekte — Preßk. d. K.)

Die Diskussion und auch das Schlußwort sagte ihnen mit **aller Deutlichkeit**, daß dieser Standpunkt, wenn nicht konzentrierter Blödsinn, so zum mindesten feige allen schweren Kämpfen des Proletariats ausweicht. **Wir müssen an die Kämpfe herangehen die da sind. Mit dem Proletariat kämpfen, mit dem wir leben.** (Die Schüler der rausgeworfenen Intellektuellen-Clique sagen, daß die Todeskrise Lohnkämpfe nicht rechtfertigt, daß das nur ein Kampf wäre um ein größeres Stück Privateigentum. Sie halten den Lohn des Arbeiters für Privateigentum.)

Wir sagen ihnen, daß gerade jetzt das Kapital ungeheure Anforderungen stellt. Das Kapital zehrt von der Kaufkraft des Arbeiters. Der Markt ist klein — die Preise ungeheuer hoch. **Auf Kosten der Lebenshaltung des Proletariats ruht alles.** Es ist ein ständiges Abgleiten des Proletariats in die Verelendung. **Der Widerstand**, den das Proletariat noch aufbringt, sind Lohnkämpfe. Wir, die **Union** hat alle Widerstände, **alle Kämpfe** zu unterstützen. **Wir üben auch mit jedem Lohnsklaven Solidarität, der sich gegen die Unterdrückung und Ausbeutung wehrt.**

Nachfolgende Anträge wurden einstimmig angenommen:

Antrag Köln:

Die heute am 28. Mai 1922 in Barmen tagende Bezirkskonferenz der AAU. ersieht aus den hier gehörten Ausführungen des Genossen Oelschläger als Vertreter der Gegenrichtung, daß sie unsere alte Taktik verwerfen und sich dadurch selbstverständlich unserer Organisation abseits stellen.

Die Konferenz verurteilt das Treiben dieser Richtung und gelobt, getreu ihren Grundsätzen an ihrer bisherigen Taktik festzuhalten und sich durch keine Quertreibereien davon abbringen zu lassen.

Antrag Ortsgruppe Duisburg:

Die Ortsgruppe Duisburg hält fest am alten revolutionären Programm der AAU. und beauftragt ihren Delegierten, auf der Bezirkskonferenz dafür einzutreten, daß die AAU. den großen Kämpfen der Arbeiterschaft, auch wenn sie um besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen geführt werden, nicht ausweichen darf. Die AAU. soll diese Kämpfe durch die Tat in revolutionäre Bahnen lenken und nicht aus ängstlicher Furcht vor dem Versinken in gewerkschaftlichen Reformismus in Passivität versinken.

Antrag Düsseldorf:

Die Bezirkskonferenz der AAU. Rheinland-Westfalens vom 27. und 28. Mai verwirft die Theorie, die konzentrisch ausgedrückt ist in den Artikeln des „Kampfruf“ „Die Union — was sie ist und was sie nicht ist“ als unvereinbar mit dem Programm der Grundsätze der AAU. Sie stellt sich in dieser Frage voll und ganz hinter die Resolution der letzten Bezirkswirtschaftsratssitzung vom 23. April 1922 und erkennt damit die vom provisorischen Reichsarbeitsausschuß zur Diskussion gestellten Leitsätze an.

Die Konferenz stellte nunmehr einmütig fest, daß die drei Mitglieder von der „Essener Richtung“ nicht mehr auf dem alten Programm stehen, und sich somit außerhalb der Organisation der AAU. gestellt haben und nun die Konferenz zu verlassen hätten.

Dann wurden die anderen Tagesordnungspunkte erledigt. Diese Konferenz zeigte mit aller Deutlichkeit, daß die Verbrecher an der Revolution keinen Einfluß haben, daß die AAU. nicht feige den Kämpfen des Proletariats ausweicht, sondern mit ihm für unsere gemeinsame Sache kämpft.

Ortsgruppe Düsseldorf. Die Mitgliederversammlung der KAPD. und AAU., Ortsgruppe Düsseldorf, ist nach genauer Information zur **Ueberzeugung** gekommen, daß der Genosse Max **Schroeder** auf der letzten Zentralausschußsitzung in bezug auf seine Erklärung über die **Kampfgemeinschaft die Unwahrheit gesagt und sein gebundenes Mandat überschritten hat.**

Sie beschließt, dem Genossen Max Schroeder seine Funktionen zu entziehen und ihm innerhalb eines Jahres keine Funktion mehr zu übertragen.

Die Mitgliederversammlung beantragt, dieses in der „KAZ.“, im „Kampfruf“ und im „Klassenkampf“ zu veröffentlichen.

In Nr. 8 des „Kampfruf“ stand an erster Stelle unter der Ueberschrift „Achtung! Wohin der Weg?“, eine irreführende Nachricht des Inhalts, daß sich die AAU.-Rheinland-Westfalen mit der **Gelsenkirchener (Bergarbeiter-)** Union, mit Syndikalisten und anderen Organisationen, die nicht auf dem Standpunkt des rücksichtslosen, revolutionären Klassenkampfes stehen, zu einer **Kampfgemeinschaft** zwecks Bekämpfung der Gewerkschaften und anderen Gegenwartsforderungen zusammengeschlossen hätten. **Diese Nachricht** entsprach in dieser Form nicht der Wahrheit. Sie **war von dem nunmehr ausgeschlossenen** Akademikerklüngel — **der einige Wochen hindurch die Majorität des Arbeitsausschusses wie der Pressekommission beherrschte** — gegen den Willen der **Mitgliedschaft in den „Kampfruf“** lanciert. Das war ein Versuch, wider besseres **Wissen** verschiedene Wirtschaftsbezirke der Union gegeneinander zu hetzen, um so der beabsichtigten Spaltung den Boden zu ebnen.

Tatsächlich beruhte diese „Kampfgemeinschaft“ auf einer unverbindlichen „Versprechung“ eines einzelnen Genossen. Auf der letzten Zentralausschußsitzung war das von dem Genossen Max Schroeder (Düsseldorf) wiederum irreführend dargestellt.

Ortsgruppe Düsseldorf.

Die Mitgliederversammlung der KAPD. und AAU., Ortsgruppe Düsseldorf, ist nach genauer Information zur Ueberzeugung gekommen, daß der Genosse Max Schroeder auf der letzten Zentralausschußsitzung in bezug auf seine Erklärung über die Kampfgemeinschaft die Unwahrheit gesagt und sein gebundenes Mandat überschritten hat.

Sie beschließt, dem Gen. M. Schroeder seine Funktionen zu entziehen und ihm innerhalb eines Jahres keine Funktion mehr zu übertragen.

Die Mitgliederversammlung beantragt, dieses in der „KAZ.“, im „Kampfruf“ und im „Klassenkampf“ zu veröffentlichen.

Rheinland-Westfalen.

Einen längeren Artikel des „Klassenkampf“, dem Organ der AAU. in Rheinland-Westfalen, entnehmen wir einige Tatsachen, die uns drastisch beweisen, wie überspannte graue Theorien der Schreibtischklassenkämpfer mit der Wirklichkeit kollidieren.

Die Sache verhält sich folgendermaßen: Die Genossen Berg und Kalbitzer arbeiten bei einem Tiefbau-Unternehmer, welcher, nebenbei erwähnt, nicht Mitglied des Unternehmerverbandes ist **und die Arbeiter nicht ausgesperrt hatte.** In einer Versammlung der streikenden Bauarbeiter wurde von diesen verlangt, daß B. und K. sich solidarisch zu erklären hätten. In dieser Versammlung hatten die beiden Vertreter der Dettmannschen Richtung die beste Gelegenheit gehabt, die Auffassung und die Taktik der Union den Streikenden auszulegen. Aber kein Wort davon. Sie beugten sich dem Beschluß der streikenden Bauarbeiter und stellten dem Unternehmer die Forderung der Gewerkschaften **mit dem Bemerken, wenn ihnen dieses nicht bewilligt wird, müßten sie auf Beschluß der Organisation die Arbeit niederlegen.**

Nichtsdestoweniger rufen diese Leute ihren Vorbetern nach: die „Berliner Richtung“ ist reformistisch, will Gewerkschaft werden und Lohnkämpfe führen! Kalbitzer, ein blinder Nachläufer der hinausgeworfenen Führerklique hatte eine Kolonne unaufgeklärter Unionsmitglieder zusammengetrommelt, die er nach bekanntem Vorbild als AAU. hinstellte. Hier vertrat er mit aller Energie als **Beauftragter der streikenden Bauarbeiter folgende Anträge: Wegfall der dreitägigen Karenzzeit, Festsetzung des täglichen Unterstützungssatzes auf 45 M., restlose Auslieferung der Barbestände** bis auf den letzten Pfennig der einzelnen **BO.** Die Solidarität der Genossen sollte in der Art und Weise zum Ausdruck gebracht werden, **indem sie als Union beschlossen:** Jeder Unions-Genosse hat hundert Mark in zwei Wochen zu entrichten. Dieser Beschluß wurde später in einer sog. Versammlung so umgeändert, daß wöchentlich zehn Mark bis zur völligen Einziehung der Summe von hundert Mark zu entrichten sind. Bei einer auszuzahlenden Summe von zirka 6500 M. **bekäme man bei restloser Entrichtung 70 000—75 000 Mark zusammen. Da könnte man schon etwas mit machen und dann wäre man aus der elenden Kalamität, Gelder für andere Zwecke zu beschaffen, heraus.** Die im Hintergrunde sitzenden Drahtzieher, die den hier mißbrauchten Genossen noch nicht bekannt sind, brauchen das Geld zu konterrevolutionären Zwecken. Die trüben **Geldquellen** scheinen spärlicher zu fließen. Die Geldgeber, die ein Interesse haben, Zwietracht in die Union zu tragen, scheinen zu erkennen, daß sie ihren Zweck nicht erreichen und halten mit Geld zurück. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!

Der „Klassenkampf“ erinnert hierbei nochmals als Warnung für andere Ortsgruppen, daß der Emil Sach, als er sich an anderen Orten einige tausend Mark erschwindelt hatte, auch die dortige Unionskasse auf betrügerische Weise um 3000 Mark geprellt hat. Denn auch später noch gelang es ihnen die BO. Krupp um eine größere Summe zu prellen. Diese wurde verwendet, um einen geistig Untertanen der Schröder-Sach zu einer sogen. „Reichswirtschaftsratssitzung“ zu schicken, die in dem Auftrage von zwei wegen unlauterer Manipulationen in Berlin ausgeschlossenen Mitgliedern als reines Privatvergnügen einberufen war.

Genossen! Augen auf und Kasse zu!

Mitteilungen

Achtung! Spitzel!

Ein kleiner untersetzter Mensch, etwa 60 Jahre alt, (welcher sich als organisierter KPD.-Genosse ausgibt) mit Vollbart und Brille, schleicht sich in Berlin unter allerlei Vorspiegelungen an bekannte Genossen heran, um über Genossen Auskunft zu erhalten. Dies ist ein sogen. Achtgroschenjunge, der mit der Polizei in Verbindung steht. Hier ist mehr als Vorsicht geboten!

Für Zeitungen gingen ein von Magdeburg 1500 M., durch Postscheckamt 116 M., von Jeßnitz 240 Mark. KAA.

13. Unterbezirk Charlottenburg. Am Mittwoch, den 7. Juni, abends 7 Uhr, Funktionärsitzung der Partei, BO. und KAJ. Havelstraße 9.

Nowawes.

Mitgliedskarte Nr. 84, auf den Namen Paul Maza, Jurastraße 8, ist verloren gegangen. **21. Unterbezirk.**

Südwest.

Wegen Solidaritätsverweigerung wurden ausgeschlossen: Braun, Valentin (17 164), Huber, Anton (48 229), beide Schifferstadt. **Ortsgruppe Ludwigshafen.**

Das Mitglied Hans Ungelenk ist wegen organisationsschädigenden Verhaltens aus der Union ausgeschlossen. **Ortsgruppe Chemnitz.**

Wichtige Neuerscheinungen.

(Preise freibleibend.)

M. Philips Price: Die russische Revolution. **Erinnerungen aus** den Jahren 1917—1919, brosch. 18 M., geb. 35 M.
Varga: **Die Krise** der kapitalistischen Weltwirtschaft, erw., neueste Aufl., 12 M.
Die russische Revolution und die Kommunistische Partei, 2 M.
K. Korsch: Quintessenz des Marxismus, gemeinverständliche Darlegung, broschiert, 5,50 M.
Brupbacher: Marx und Bakunin, brosch. 50 M.
K. Korsch: Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung, broschiert 16 M.
Krische: Marx und Freud, brosch. 5 M.
Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei 13 M.
Lenin und Sinowjew: Gegen den Strom (**Aufsätze aus den** Jahren 1914—1917), brosch. 30 M.

Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Ecke Höchstestraße.

Postscheckkonto: Berlin 49 029.

Verantwortl. Redakteur: Arthur Liers Neukölln. — **Verlag der** Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck Max Koster, Berlin, Alexandrinenstraße 110.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union
(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 3. Nr. 22. „Der Kampfruf“ erscheint wöchentlich. Preis 1,50 M.

Fünfte Reichskonferenz der Allgemeinen Arbeiter-Union

4. und 5 Juni (Pfingsten) zu Berlin

Vertreten waren 8 Wirtschaftsbezirke durch 13 Delegierte. Ferner 2 Referenten ohne Mandat, die KAP., je 1 Vertreter der „K.A.Z.“, des „Kampfruf“ und des „Klassenkampf“. Der Reichsarbeitsausschuß war vollzählig vertreten. Außerdem der Berliner Arbeitsausschuß und die Pressekommission durch je einen Vertreter. Schließlich noch 12 Gäste.

In das Bureau wurden 2 Vertreter des Reichsarbeitsausschusses, je 1 Delegierter von Groß-Berlin und Rheinland-Westfalen gewählt. Abgestimmt wurde nach dem Modus, daß auf je 500 Mitglieder resp. auf jede angefangenen 500 Mitglieder 1 Stimme entfiel. Abstimmungsberechtigt waren nur die von den Mitgliedern gewählten Delegierten. Nicht vertreten waren 4 Wirtschaftsbezirke: Baden, Ostpreußen, Niederlausitz und Thüringen. In Baden bestehen nur wenige Ortsgruppen; diese haben sich Südwest angeschlossen und waren durch dessen Delegierten vertreten. In Ostpreußen besteht nur 1 Ortsgruppe: diese hat sich schon vor der Konferenz mit den Leitsätzen, die vom RAA. zur Diskussion gestellt wurden, einverstanden erklärt und jene Wolkenkuckucksheimer Dreimännertheorie der „Essener“ Privat-„Union“ abgelehnt. Thüringen und Niederlausitz haben nur sehr wenig Mitglieder, denen zweifellos die Unkosten für einen Delegierten zu hoch waren. Außerdem stehen in diesen drei Wirtschaftsbezirken kleinere Gruppen von Mitgliedern infolge der Maulwurfsarbeit der ausgeschlossenen Akademiker noch unentschlossen da. Kleinere Splitter haben sich auch zu der sog. „Essener Richtung“ bekannt. Hier gilt es noch Aufklärungsarbeit zu leisten. Wir zweifeln nicht daran, daß, soweit es sich um klassenbewußte Proletarier handelt, diese zur Erkenntnis kommen werden, und diesen kleinen Gernegrößen mit den großen Kassen dieselbe Abfuhr erteilen werden, die sie in Essen und anderen Orten erhielten. Die scheinbar unerschöpflichen Geldmittel gestatten diesen Leuten bis heute noch, mit ihren Agenten im Lande herumzureisen und Schundliteratur und Rundschreiben in großen Auflagen ins Land zu schicken. Zweifellos werden sie auch Kolonnen organisieren können, die eigentlich in die Technische Nothilfe gehören; Proletarier, die ihrer ideologischen Einstellung nach in die Union gehören, werden sich nicht lange täuschen lassen.

Die Konferenz tagte am Montag bis in die späte Nacht hinein. Aus technischen Gründen ist es uns aber nicht möglich, ausführlich zu berichten. Wir bringen daher nur das wichtigste. Wir werden aber über den Verlauf der Tagung noch ausführlich berichten.

Diese fünfte Reichskonferenz hat den Beweis erbracht, daß die Union ein Faktor der Revolution ist, mit dem allseitig gerechnet wird. Die Union hat sich durchgesetzt und lebt trotz alledem. Sie ist das Zentrum der revolutionären Proletarier, die erkannt haben, daß die Arbeiterklasse sich dem drohenden Untergang nur entziehen kann durch Zusammenschluß der Proletarier zur Klassenfront, zum Sturze des Kapitals. Zur Diktatur des Proletariats die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum zu überführen, um planmäßig für den Bedarf aller zu produzieren. Die Tagung war von dem unerschütterlichen Willen getragen, alle Kräfte zusammenzuschweißen und in dieser Richtung einzusetzen. Die Union ist heute ein geschlossener Block, wo einmütig der konzentrierte Klassenwille herrscht. Trotz der sehr regen und ausgiebigen Diskussion, an der sich alle Delegierte mehrfach zu jedem Tagesordnungspunkte beteiligten, kam als Resultat nur ein einziger festgeprägter Wille zum Ausdruck. Daß dieses Wollen die Wiederspiegelung des Willens der Mitglieder ist, bewiesen die gebundenen Mandate zu allen Tagesordnungspunkten. Alle Beschlüsse und Vorsätze wurden einstimmig gefaßt, bis auf eine Stimmenthaltung der Hamburger Delegiertin über unwichtige Fragen, die dort nicht zur Diskussion gestanden, und auf welche sich infolgedessen das Mandat nicht erstreckte.

Dieser einmütige Willen beweist uns die fortschreitende Selbstbewußtseinentwicklung der Proletarier im ganzen Reich. Hauptsächlich Rheinland-Westfalen, das Herz des Wirtschaftsgebietes des westeuropäischen Festlandes, birgt eine frohe Zukunftshoffnung für die Revolution. Rheinland-Westfalen war durch drei Delegierte und einen Referenten ohne Mandat vertreten, die aus verschiedenen Produktionsgebieten stammten, und deshalb sehr wohl einen Blick in die Zukunft gestatten.

Die rücksichtslose und offene Kritik und das Einsehen, Verstehen und Lernen aus den eigenen Fehlern gibt uns die Gewähr, daß das Versinken in Reformismus und Passivität keine Gefahren sind, wenn alle Glieder der Union sich auch künftig ihrer Aufgabe bewußt bleiben.

Der Geist der Union ist gesund!

Die „Krise“ ist überwunden. Daß es uns gelang, den individualistischen Führergrößenwahnsinn und dessen erkrankten anarchistischen Anhang abzustoßen, war zweifellos ein nicht zu unterschätzender Gesundungsprozeß.

Es gilt künftig, alle Kräfte anzuspannen und neue zu lösen. Unsere Aufgaben sind riesengroß. Nicht klein sind die Gefahren, die uns umlauern. Wir müssen unsere Aufgabe erfüllen, denn die Geschichte verlangt es. Wir können es, wenn wir wollen.

Genossen, ans Werk!

Referat über die politische Lage.

Die Todeskrise des Kapitals.

In unserem Bericht vom Parteitag der KAP. in Nr. 21 des „Kampfruf“ haben wir die Weltwirtschaftslage schon in groben Umrissen gezeichnet und daraus bewiesen, daß die kapitalistische Gesellschaftsunordnung den Kreislauf zwischen Produktion und Bedarf nicht mehr regeln kann. Ferner, daß die scheinbare Gesundung die blühende Schwindsucht des Todeskandidaten Kapitalismus ist und nur auf politische Machtbefestigung ohne wirtschaftliche Basis ist.

Um uns nicht zu wiederholen, müssen wir auf diesen Artikel verweisen. Wir müssen auf diesen Punkt noch weiter eingehen, denn nur durch den Nachweis der Todeskrise des Kapitals beweisen wir die Daseinsberechtigung der KAP. und der Union.

Das typischste Beispiel von der „Gesundung“ des Kapitalismus ist Deutschland. Unsere höhere Demokratie hat in Genua sogar eine „aktive“ Handelsbilanz präsentiert. Unsere Volkswirtschaft ist also sehr „gesund“. Wir haben des öfteren schon nachgewiesen, daß dies Schwindel und Fälschung ist. Unser Staatshaushaltsplan hat auf dem Papier (im neuen Steuervorschlag 1922-23) einen Ueberschuß von 5 Milliarden Mark. Der Ueberschuß ist herausgerechnet, weil die Reparationskommission eben einen Ueberschuß herausgerechnet haben will. Um das Experiment fertig zu bekommen, hat die deutsche Demokratie-Bureaukratie 35 Papiermark für eine Goldmark gerechnet. Die Reichsbank zahlt aber in demselben Augenblick 60 Papiermark für 1 Goldmark. So wie diese, sehen alle Berechnungen der Bourgeoisie aus und lassen sich auch alle so beweisen.

In Amerika, wo man infolge der stabilen Valuta nicht mit solchen einfachen Rechenexempeln täuschen kann, ist das Bild ein anderes. Amerika, der Gläubiger Europas, hat 30 Milliarden Dollar Staatsschulden. Das sind 7 Billionen 500 Milliarden Papiermark (eine Billion gleich eine Million Millionen). Eine ganz unmögliche Zahl. Während die europäischen Staaten mit hochwertiger Valuta ihren Notenumlauf ganz oder zum Teil durch Goldreserven gedeckt haben, sind die amerikanischen Noten „gedeckt“ durch seine Forderungen an die bankrotten europäischen Staaten. Die ganzen amerikanischen Zahlungsmittel und die Schuldtitel der amerikanischen Kapitalisten an ihren Staat haben nur Makulaturwert in demselben Augenblick, in welchem das europäische Proletariat seinem Kapitalismus die Arbeit verweigert resp. sich die Produktionsmittel aneignet. Nur die Arbeitskraft und die Arbeitswut des Proletariats hält den kapitalistischen Apparat zusammen. Ohne den Willen des Proletariats, sich für das Kapital zu verbluten, haben alle Schätze und Produktionsmittel für den Kapitalismus nicht einen Deut Wert. Es ist wohl klar, weshalb Amerika seine Forderungen an Europa nicht nachlassen kann, und weshalb alle Berechnungen der Bourgeoisie, die hierauf basieren, zuschanden werden müssen.

Der zeitweilige Aufschub an Deutschland, Reparationszahlungen zu leisten und die Anleihe, können wohl den Zusamenbruch Deutschlands und damit Westeuropas für einige Zeit aufhalten. Diese Mittel haben aber gleichzeitig den Zweck, Deutschlands Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkt zu beseitigen, um den rapid zusammenbrechenden Kapitalismus Amerikas und Westeuropas aufzuhalten. Das muß mit Naturnotwendigkeit in Deutschland eine Arbeitslosigkeit und Teuerung hervorrufen, von der sich das deutsche Proletariat heute noch keinen Begriff machen kann. Das Beispiel des kleinen Oesterreich, wo in acht Monaten die Arbeitslosenziffer von 8000 auf 100 000 emporschnellte, kann uns einigermaßen Richtschnur sein.

Rußland ist nur eine Fata Morgana; zerrüttet in einem Maßstabe, von dem man sich sehr schwer einen Begriff machen kann. Das Volksvermögen ist von 12 Milliarden Goldrubel im Frühjahr 1914 auf 5 Milliarden gesunken! Zur Wiederaufrichtung der Landwirtschaft gebraucht Rußland 3 Milliarden Goldrubel; zur Wiederaufrichtung des Transportwesens 5 Milliarden, zusammen 10 Milliarden Goldrubel gleich 1 500 000 000 000 Papiermark. Die Ausfuhr Rußlands beträgt nur 8,5 Prozent der Ausfuhr von 1913! Irgendeine Kaufkraft besitzt Rußland nicht. Seine Rohprodukte sind ohne Wert, da sie in der Erde schlummern. Selbst die kleine russische Industrie ist in der Hauptsache auf ausländische Kohlen und Rohstoffe angewiesen. Das war schon vor Jahrzehnten so und trifft heute noch zu. Um die russischen Rohstoffe abzubauen, bedarf es jahrzehntelangen Exportes proletarischer Arbeitsprodukte. An eine Rentabilität wäre nicht zu denken. Ohne Profit aber raucht kein Schornstein. Heute bezahlt Rußland mit seinem kleinen Goldvorrat. Eine Industrie und Transportwege in Rußland zu schaffen, um einen Markt zu erzeugen, das ertragen die europäischen Produktionsmittel nicht. Diese sind seit acht Jahren nicht erneuert und unerhört verwildert. Um nur ein Beispiel zu zeigen: Die deutschen Produktionsmittel sind auf den Stand von 1907-08 zurückgeworfen. Amerika ist erst recht außerstande dazu, weil dessen Industrie schon heute still liegt, da es an Absatz gebricht, bzw. die vorhandenen Absatzmöglichkeiten nicht genügend Profit lassen. Aus diesem Grunde sind schon heute in Amerika fast 10 Millionen Arbeitslose. Augenblicklich hebt sich die Industrie dort etwas, dafür geht sie aber nachweislich in anderen Staaten noch mehr zurück.

Das kapitalistische Produktionssystem ist außerstande, die Produktionsbasis zu erweitern. Noch mehr ist es außerstande, eine Reproduktion, eine Erneuerung der Produktionsmittel zu vollziehen. Eine Akkumulation (Anhäufung) des Kapitals findet nicht mehr statt. Die Konzentration (Zusammenziehung) sind nur buchtechnische Manipulationen einzelner Konzerne. Die Gesamtwirtschaft befindet sich in rückläufiger Bewegung.

Rußland scheidet um so mehr als Export- und Kolonisationsland aus, als dort keine Industriearbeiterschaft vorhanden ist. Die verhungernden Völker Rußlands lassen sich dazu nicht verwenden. Viele Millionen sind Hungers gestorben, andere Millionen sind dem unrettbaren Hungertode preisgegeben. Der amerikanische oder europäische Arbeiter kann unter russischen Verhältnissen nicht leben. Das Durchschnittseinkommen des arbeitenden russischen Proletariers beträgt 30 Goldrubel (60 Mark) monatlich. Lebensbedingungen dort für den ausländischen Arbeiter zu schaffen, scheitert an der Unmöglichkeit des Profits. Weitblickende Großkapitalisten und bürgerliche Wirtschaftstheoretiker sehen dies ein und bringen es in der Finanz- und Wirtschaftsliteratur unverhohlen zum Ausdruck. Nur die sozialdemokratischen Parteien und die Internationalen von Nr. 1 bis 3 versuchen durch faule Roßtäuscherkniffe dem Proletariat weiszumachen, daß der Kapitalismus wieder aufbaufähig sei. Sie sind eins mit dem Kapitalismus und müssen mit diesem verschwinden. Deshalb handeln sie nach der Devise: Helf, was helfen mag.

Allerdings erhofft auch das Kapital eine Lebensverlängerung daurch, daß 40 bis 50 Millionen Proletarier freiwillig verhungern werden. Sein Rettungsanker sind die Gewerkschaften. Aber alle Mittel, die angewendet werden, bedeuten einen Rückgang des Konsums, eine Verengerung der Produktionsbasis und größere Unmöglichkeit der Reproduktion.

Die Lebensdauer des Kapitalismus als Geschichtsepoche ist abgelaufen. Mit dieser Tatsache muß das Proletariat rechnen. Will es nicht als Klasse versinken in Barbarei, muß es sich zum Kampf einstellen. Es gibt nur einen Rettungsweg: **Revolution!**

Beschlüsse der Reichskonferenz

Die Leitsätze („Kampfruf" Nr. 14), die vom provisorischen Reichsarbeitsausschuß zur Diskussion gestellt wurden, sind einstimmig angenommen.

Ferner lassen wir hier die wichtigsten, zum Beschluß erhobenen Anträge folgen:

Solidarität und Umlage.

Die Frage der Solidarität wird folgendermaßen geregelt: Das Unterstützungsverhältnis ist 1 : 20. Bei Ausbruch eines Streiks, über dies Verhältnis hinaus, kann das Reich angerufen werden. Der Reichsarbeitsausschuß muß alsdann nach der vorhandenen Mitgliederzahl im Reich die Umlage prozentual verrechnen und dementsprechend von den einzelnen Wirtschaftsbezirken anfordern. Diese Umlage muß an den Reichsarbeitsausschuß eingesandt werden, und dieser hat das Geld sofort an den in Frage kommenden Wirtschaftsbezirk abzuführen. Der betreffende Wirtschaftsbezirk hat nach Erledigung sofort dem R.-A. über die erfolgte Auszahlung Rechenschaft abzulegen, die diese wiederum ihrerseits insgesamt im „Kampfruf" veröffentlicht. Die Umlagekasse ist vom Reichsarbeits-Ausschuß getrennt zu führen. Ist der eventuelle Kampf vor der angegebenen Karrenzzeit von 14 Tagen beigelegt, bleibt das für diesen Zweck eingegangene Geld für den nächsten Streik liegen.

Zu diesem Beschluß muß folgendes erklärt werden: Die Festsetzung der Karrenzzeit bleibt den Wirtschaftsbezirken vorbehalten. — Das Verhältnis 1 : 20 ist so auszulegen: Sind in einem Wirtschaftsbezirk z. B. auf 100 Mitglieder 5 zu unterstützen, so trägt der Bezirk die Kosten selbst. Sind auf je 100 Mitglieder 8 zu unterstützen, so hat der Wirtschaftsbezirk vom R.-A.-A. für 3 Mitglieder Zuschuß zu verlangen usw.

*

Zur Sache des 3. Unterbezirks Groß-Berlin.

Die Reichskonferenz hat zu dem Ausschluß des 3. Unterbezirks Stellung genommen und kommt zu folgendem Ergebnis: Der Ausschluß des 3. Unterbezirks war berechtigt. Die Reichskonferenz gibt aber dem 3. Unterbezirk Gelegenheit, sich zu revidieren, verlangt aber innerhalb vier Wochen, bis zum 2. Juli 1922, eine endgültige Antwort und die Ablieferung sämtlicher rückständiger Solidaritäts- und Beitragsgelder. Kommt der 3. Unterbezirk nicht in der angegebenen Zeit diesem Beschlusse nach, gilt der 3. Unterbezirk endgültig als ausgeschlossen.

*

Ausschluß.

Die Reichskonferenz erklärt das Vorgehen des Wirtschaftsbezirkes Groß-Berlin im Falle der Absetzung des alten Reichsarbeitsausschusses und Ersetzung durch ein Provisorium für berechtigt, weil Grundsätze über Formalitäten gehen und der alte Reichsarbeits-Ausschuß schwer gegen die Grundsätze der AAU. verstoßen hat.

Die Reichskonferenz erkennt den Ausschluß der Schröder-Clique durch den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin zu Recht an.

B. R. U. K.

Die Reichskonferenz beschließt: Der Pflichtbeitrag für die B. R. U. K. beträgt wöchentlich 3 Mark.

Taktik.

Zur Frage der Taktik stellt sich der Bezirk auf die alte Grundlage der Allgemeinen Arbeiter-Union, wie sie in den bekannten Broschüren („Klassenkampforganisation des Proletariats von H. Gorter; „Der Weg des Dr. Levi"; „Kleine Flugschrift Nr. 2", Richtlinien für den 3. Weltkongreß), niedergelegt wurden.

Presse.

Zur Deckung des Defizits der Presse verpflichten sich die Delegierten in ihren Bezirken dahin zu wirken, durch eine Umlage, die 2 Mark pro arbeitendes Mitglied betragen soll, dieses zu begleichen.

Neue Kampfmittel der geistig Armen

Die Schröderclique beginnt jetzt anscheinend, ihre Theorie Gewalt werden zu lassen. In Konsequenz ihrer Theorie führen sie jetzt ihren Kampf „als Einzelmensch in Konkurrenz mit dem andern Einzelmenschen". Nur mit einigen Beschränkungen: Als Objekt des Kampfes suchen sie sich nicht den Unternehmer, sondern andere Proletarier aus, weil das einfacher ist, und dann führen sie den Kampf nicht selbst, da sie dazu zu feige sind (auch wieder in Konsequenz von Schröders Anschauung, der zur Aktion nicht kommen konnte, „weil er nicht eingeladen worden ist!"), sondern kaufen sich dazu gewerbsmäßige Rowdys.

Folgender in der Geschichte der Arbeiterbewegung wohl einzig dastehender Fall spielte sich in Essen ab:

Nachdem die Bezirkskonferenz der AAU. in Barmen am Sonntag, den 28. Mai, getagt hatte und sämtliche Delegierten von den anwesenden 23 Ortsgruppen mit zusammen über 2000 Mitgliedern gegen die Artikelserie im „Kampfruf" stimmten, beschlossen die Mitglieder der Essener Ortsgruppe nach Entgegennahme des Berichts ihres Delegierten, endgültig mit den Anhängern der Schröder und Genossen zu brechen. Aber nun erklärten diese Leute einfach, **wir** sind die Allgemeine Arbeiter-Union und nehmen selbstverständlich Besitz von sämtlichem Material und von dem Bureau. Aber die Mitglieder der Ortsgruppe erklärten, diese Leute nicht länger auf dem Bureau zu dulden. (Genau dasselbe hatten die Schröder und Gen. 3 Tage vorher mit unseren Genossen gespielt, aber mit den höflichen Worten: **Meine Herren**, Ihr müßt das Bureau verlassen, wenn Ihr nicht geht, so fliegt Ihr hier raus!)

Kurz, die Essener Genossen forderten sie wiederholt auf, aber sie gingen nicht. Die Geduld der Gen. war aus und man entfernte die Schröderclique etwas unsanft aus dem Bureau.

Mitgliederversammlungen

Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

am Mittwoch, den 14. Juni, abends 7 Uhr:

Bezirke 1, 6, 7, 16, 17 und 18 bei Krumbach, Warschauer Str. 61.
Bezirke 4 und 15, Schulaula, Müller- Ecke Triftstraße.
Bezirke 2, 8, 9 und 10, Karlsgarten, Neukölln, Karlsgarten.

am Freitag, den 16. Juni, abends 7 Uhr:

Bezirke 11, 12, und 13, Charlottenburg, Schulaula Guerickestraße.

Tagesordnung:

Bericht von der Bezirkskonferenz.

Die Genossen können auch wohnbezirksweise die Versammlungen besuchen.

Nun kam das Nachspiel: Weil sie selbst zu feige und auch moralisch zu verkommen sind, um sich durchzusetzen, versuchten sie ein anderes Mittel. Erst drohte man mit Totschlag und damit, die Wohnung einzelner Genossen zu zerschlagen. Wir aber ließen uns nicht bange machen. Alsdann rief der größte Schreier **Karl Klein** (Mitglied des Vorstandes Essener Richtung) am Mittwoch, den 31. Mai, abends 8 Uhr: „Heute abend wird mit Euch abgerechnet, lebend kommt Ihr nicht mehr fort, oder ich verrecke selbst. Wir haben schon dafür gesorgt."

Als wir uns, da dieser Vorgang auf der Straße stattfand, entfernen wollten, drangen plötzlich von einer Wirtschaft her 8—10 Leute, bewaffnet mit Stöcken, **Gummiknüppeln** und **Schlagringen** usw., auf uns ein. Da wir nur drei Genossen waren, war es uns nicht möglich die Rowdys abzuwehren und man **schlug uns nieder**. Der Genosse R. brach bewußtlos zusammen, sammelte sich aber schnell und verfolgte die Angreifer. Schon hatten die Zuschauer drei der sauberen Gesellen gefaßt und der Sipo übergeben. Die Sipo nahm den Genossen R. auch mit. Bei der Vernehmung der drei Personen stellte sich heraus, daß selbige keine Genossen und **von der Schrödergesellschaft gekauft** worden sind. Gen. R. war einige Tage arbeitsunfähig.

Revolutionsschmarotzer

Eine unangenehme Gattung Mitbürger war die Sorte, die während des Krieges aus der Not des Volkes Geld münzte. Sie fiel selbst dem Bürgertum so auf die Nerven, daß es sich durch Wuchergerichte und tausend Verordnungen dagegen schützte. Unzählige Millionen Mark Geldstrafe zog der bürgerliche Staat aus den Strafen dieser Vampire, aus dem Sumpf, den er erzeugte. Widerlicher aber noch sind die Revolutionsschmarotzer, die aus den Opfern des Klassenkampfes Honig saugen. Die die im Zuchthaus Schmachtenden und deren preußische Freiheit darbenden Angehörigen vor ihren unsauberen Parteigeschäftskarren spannen.

Eine ganze Anzahl Frauen inhaftierter Genossen aus Berlin und dem Reich — auch solche, die weder zur Union noch zur KAP. gehören — senden uns einen vervielfältigten Prospekt, den sie von der „**Roten Hilfe**" erhielten. In diesem heißt es:

„Es sind in den letzten Tagen mehr als 100 Inhaftierte entlassen worden. Die Zahl derjenigen, die sich auch heute noch hinter Gefängnismauern befinden, ist immer noch eine sehr große. Die Not der Familien übersteigt das erträgliche Maß. Wir müssen alles daran setzen, daß alle Gefangenen entlassen werden. Nun tritt voraussichtlich am 21. Mai d. J. die Neunerkommission der drei sozialistischen Internationalen zusammen, und wir glauben, es ist Aufgabe dieser Kommission, ihre Stimme für die sofortige Freilassung der Gefangenen bei der deutschen Regierung zu erheben. Wir bitten Sie, sofort nach Empfang dieses Schreibens in einem einfachen Brief unter Darlegung der Strafe Ihres Angehörigen, des Strafverbüßungsortes und unter Schilderung Ihrer Notlage zu schreiben, und diesen Brief an Frau Klara Zetkin, Stuttgart-Degerloch, Post Wilhelmshöhe, zu adressieren. Die Genossin wird dann die Briefe der Neunerkommission vorlegen. Wir hoffen zuversichtlich, daß diese Maßnahme dazu beitragen wird, Ihren sehnlichsten Wunsch, Ihren Angehörigen bald in Freiheit zu sehen, nachdrücklichst zu unterstützen."

Der Prospekt selbst ist auf Bauernfängerei berechnet. Auf dem Kongreß der drei Internationalen in Berlin, als die jetzt wieder durch Rußland gesprengte „Neunerkommission" geschaffen wurde, **hat die 3. Internationale ausdrücklich auf die Freilassung der politischen Gefangenen verzichtet**, um nicht die Verpflichtung zu übernehmen, die in russischen Zuchthäusern schmachtenden Proletarier — zum größten Teil Kommunisten, Syndikalisten und Anarchisten — freizulassen! Außerdem war die Sprengung der „Neunerkommission" durch die 3. Internationale — wie nachträglich bekannt wurde — schon vor ihrer Gründung geplant.

Schon wieder ein Erfolg

Die Revolutionierung der Gewerkschaften macht Fortschritte. Die „Rote Fahne" bringt in ihrer Morgenausgabe vom 1. Juni an auffälliger Stelle in großem Fettdruck folgenden Aufruf:

Achtung! KPD.-Fraktionsvorsitzende in den Gewerkschaften (Rotes Kartell).

Heute, Donnerstag, abends 6 Uhr äußerst wichtige Zusammenkunft in der Münzstraße 24 III. Tagesordnung: Besetzung des Gewerkschaftssekretärpostens.

Jede Gewerkschaftsfraktion muß von ihrem Vorsitzenden bzw. einem Ersatzmann vertreten sein.

Der Leiter der Gewerkschaftsabteilung der KPD. sagte auf deren letzten Parteitag: „Statt praktische Arbeit in den Gewerkschaften zu leisten, kann man von den **KPD.-Genossen** ein wüstes Jagen nach den besoldeten Posten beobachten!" Und dieser Abteilungschef der Partei kennt jeden einzelnen seiner Pappenheimer. Einer hatte wieder Erfolg beim „Revolutionieren", und tausend anderen bleibt die Hoffnung. Darum: Revolutioniert die Gewerkschaften.

Utopischer Sozialismus

Utopisch*) waren die Staatsgebilde unserer Utopisten in erster Linie deshalb, weil sie den Klassenkampf verneinten. Durch Ueberredung und Belehrung waren die Besitzenden seinerzeit ebensowenig zu überzeugen, wie unsere heutigen durch Parlamentsgeschwätz und Zellentaktik. Materielle Gewalt kann nur durch materielle Gewalt gebrochen werden. Wir wollen hier drei Gesellschaftsreformer zeichnen, die als Klassiker der utopischen Weltverbesserung anzusprechen sind, und die durch die Nöte des jungen Industrieproletariats zu ihren Reformutopien kamen.

Fourier

wie alle Utopisten bis auf den heutigen Tag, sah das Heil der Welt in der Gründung volkstümlich eingerichteter Arbeitergenossenschaften, wo jeder arbeitet und nach Verdienst entlohnt wird. 1772 in Besançon in Frankreich als Sohn eines reichen Kaufmanns geboren, wurde er schon mit 5 Jahren in die Geheimnisse des Handels eingeweiht. Schon siebenjährig gelobte er: „Ich schwöre ewigen Haß dem Handel". Nichtsdestoweniger wurde er gezwungen Kaufmann zu werden und aus einer entflohenen Lehrstelle in die andere gepreßt. „Wenn ich nichts tuge für die Praxis des Handels, so um so mehr dazu, ihm die Maske wegzureißen", war seine Erkenntnis der Kaufmannslehre. Reisen durch Frankreich, Deutschland, Holland und Belgien bestärkten ihn darin und bestimmten ihn, den betrogenen Massen, hauptsächlich dem Industrieproletariat zu dienen und ihm die Wege zu seiner Befreiung ausfindig zu machen.

Wie allen Utopisten, war auch Fourier geschichtliches Denken fremd. In Lyon, einer Stadt mit 50 000 erbärmlich entlohnten Proletariern, hauptsächlich Heimarbeitern, wo er seine erste Stellung als Handlungsgehilfe bekleidete, mag wohl sein Wollen, die soziale Frage zu lösen, feste Formen angenommen haben. Die „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" des siegreichen Bürgertums gegen den Feudalismus erkannte er als Verblödungsmittel, die Massen der Proletarier noch mehr auszupowern. Deshalb lehnte er politische Revolutionen überhaupt ab.

Neben seiner Berufsarbeit betrieb Fourier, nachdem er in der Revolution sein Vermögen verloren, unter größter Entbehrung mit großem Fleiß und eiserner Ausdauer Studien. Hauptsächlich Anatomie, Sternkunde, Physik und Chemie. Im Anfang seines wissenschaftlichen Werdens schon wird er als ernster Kritiker und Philosoph angesprochen. 1808 brachte Fourier sein erstes Werk von Bedeutung unter dem Titel: „Die Lehre von den vier Bewegungen und den allgemeinen Bestimmungen" heraus. Hier wird versucht, die Anziehungsgesetze der äußeren Natur, z. B. das Gravitationsgesetz (das Gesetz der Schwere) mit den von ihm entdeckten Bewegungs- oder Anziehungsgesetzen der menschlichen Seele und des sozialen Lebens in Einklang zu bringen, und so die Welt auf ein natürliches Grundgesetz zurückzuführen. In diesem Werk ist sein neues Gesellschaftssystem entwickelt. 1822 gibt Fourier ein neues Werk: „Die Lehre von der allgemeinen Einheit" heraus. Hier ist sein System schon zu größerer Klarheit gediehen. Immer noch als Handlungsgehilfe tätig, kommt 1829 sein bestes Buch heraus: „Die neue Welt der Arbeit und der Genossenschaft". In diesem ist sein Zukunftsstaat am deutlichsten ausgeprägt. Die „geschichtlichen und philosophischen Begründungen und Beweise, von hoher Begabung und ernster Geistesarbeit zeugend, sind unwissenschaftlich und interessieren uns daher nicht.

Fouriers Gesellschaftsordnung besteht aus Phalanzen. Jede Phalanx wird auf Grund der natürlichen Neigung und Entschließung aus 1600—1800 Menschen bestehen. Jeder Genosse wird eine Reihe der verschiedensten Spezialbetriebe entwickeln. Deshalb besteht jede Phalanx aus einer Anzahl Serien. Die Serien sind vorübergehende und freiwillige Vereine. Sie bilden sich ständig nach Bedarf, oft während des Tages mehrere Male, aus dem Beschäftigungsbedürfnis und der Seelenverfassung der sie Bildenden. Jede Serie wieder besteht aus Gruppen von mindestens 7 Personen. Die Serien und Gruppen organisieren Arbeit, Vergnügen, Unterhaltung, Bildung usw. Z. B. eine Serie züchtet Obst; jede ihrer Gruppen eine andere Gattung. Es werden mithin die Fähigkeiten bis zur höchsten Vollendung gedeihen und einen Wettbewerb hervorrufen. Nach höchstens zwei Stunden wird sich jeder Teilnehmer, dem Veränderungstrieb folgend, einer anderen Gruppe oder gar Serie zuwenden. So wird sich jeder in vielen Berufen ausbilden. Hat eine Phalanx nicht alle Berufe, so ist auch Uebertritt zu einer anderen möglich. Jede Phalanx wird möglichst Industrie und Landwirtschaft betreiben. Die Individualität wird so bis zur höchsten Entfaltung gedeihen. Nur ein ganz unverbindliches Beispiel: Ein Phalanxist steht früh um 3½ Uhr auf. Um 4 Uhr wartet er die Tiere, um 5 Uhr arbeitet er bei einer Gärtnergruppe, um 7 Uhr frühstückt er. Um 7½ Uhr arbeitet er bei einer Mäher-, um 9½ bei einer Gemüsebaugruppe. 11 Uhr ist er wieder im Stall, um 1 Uhr beim Mittagessen. Nachmittags ist er Weber, Forstmann usw. 6 Uhr abends wird der Garten begossen, um 8 Uhr ist Arbeitsverabredung für den nächsten Tag und 8½ Abendessen. Um 9 Uhr ist er bei einer Unterhaltung, um 10 Uhr im Bett. Aehnlich wird bei den Kindern Erziehung und Bildung sich regeln. Hier gibt es kleine „Horden" und „Banden". In der Phalanx hat jedes Kind das Recht, sich seine Lehrer selbst auszusuchen.

Jede Phalanx hat in der Mitte ihres Gebiets einen großen Palast, mit Wirtschafts-, Industrie- und Wohngebäuden, Bibliothek, Lesehalle, Theater, Schule, Tempel usw. Ein riesiger Zentralbau wird tropische Pflanzen und Tiere, große gartenähnliche Wandelhallen und alles Gute und Schöne in gigantischem Ausmaße haben. Rohstoffe und Arbeitsmittel gehören der Phalanx gemeinsam. Die Entlohnung der Genossen richtet sich nach geleisteter Arbeit. Mehrleistung wird mit Prämien bedacht, schwere Arbeit höher bezahlt. Talent, Begabung besondere Fähigkeiten werden höher bewertet. An der Spitze der Phalanx steht ein **Monarch** (!), gewählt, ohne Machtbefugnisse. Ihm wird zur Leitung der Geschäfte ein Senat zur Seite gewählt. Zu Verhandlungen und Abwickelung der Geschäfte mit anderen Phalanxen wird aus diesem heraus von dessen Mitgliedern ein Ausschuß bestimmt. Alle Machtbefugnisse und Verfügungsrechte werden durch die Genossen geregelt. Es wird eine Weltsprache und einen Weltpräsidenten geben, den Omniarchen mit dem Sitz in Konstantinopel. Ferner, nach bestimmten Wirtschaftsgebieten über die ganze Welt verteilt: 3 Augusti, 12 Cäsarinnen, 48 Kaiserinnen, 144 Kalifen, 576 Sultane, 1721 Königinnen, 6912 Kaziken. Alle ohne Machtbefugnisse, nur dekorative Puppen, um, wie Fourier selbst sagt, die Titelsucht zu befriedigen.

Fourier war fest überzeugt, daß sein Phalanxensystem Wirklichkeit würde und sich innerhalb eines Jahres verwirklichen ließe. Falls die Welt sich aber nicht so schnell bekehren sollte, hatte er auch ein Uebergangssystem konstruiert: Das System des Garantismus. Dieses sieht innerhalb des wirtschaftlichen Produktionssystems die allmähliche Gründung von Genossenschaften vor. Z. B.: Bäckereien, Schlächtereien, Kornverwertungs- und Versicherungsanstalten u. a. Fourier, überzeugter Individualist, war einer der Väter des Anarchismus und der wichtigste Vorläufer Max Striners und Friedrich Nietsches. — Daß dieser Hasser des Kapitalismus, Militarismus und jeder Gewalt, in die Phalanx eintretenden Kapitalisten ihr Vermögen verzinst und ihnen Vorrechte einräumt, ist unlogisch, kennzeichnet aber den Utopisten. Daß er aber seinen herrschaftslosen Sozialismus einem Gewaltherrscher (Napoleon) zur gewaltsamen Einführung empfahl, ist ein Widerspruch, der bei Individualisten typisch ist.

Praktische Versuche sind nicht gemacht worden; berechnete doch Fourier die Errichtung einer Phalanx an 15 Millionen Frank Unkosten (!). Eine Arbeiterbewegung hat diese Literatur nicht ausgelöst. Seine Anhänger waren Künstler, Schriftsteller, Offiziere, Aerzte, Anwälte. Sein bedeutendster Schüler Viktor Considérent. Fournier selbst war fast fanatisch religiös und wilder Antisemit.

(Fortsetzung folgt.)

*) Phantastisch, unerreichbar.

Neue Klassenkampfmethoden der Bourgeoisie.

Bürgerliche Klassenkampfmittel

Vielgestaltig sind die Mittel, die das Bürgertum zur Hemmung des proletarischen Befreiungskampfes wählt. Der bezahlte Spitzel ist die älteste Einrichtung.

Dieses Handwerk ist nicht nur das schmutzigste, sondern auch das gefährlichste. Mancher dieser Lumpen hat aber schon einen Denkzettel bekommen, der andere abschreckt.

Früher, als sich das Bürgertum in aufsteigender Linie befand, war die Arbeiterschaft ein Glied dieser Klasse. Die Kämpfe der Arbeiterschaft waren Streiks um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Kampforgane waren die Gewerkschaften. Mittel des Bürgertums dagegen war der Streikbrecher. Es waren gestrauchelte, durch die Gesellschafts-„ordnung" demoralisierte Lumpenproletarier, denen Klassenbewußtsein und Solidarität böhmische Dörfer waren. Das Wort Streikbrecher war eine ärgere Beleidigung als Strolch und Gauner. Diese Gattung Menschen war denn auch in den Augen des Proletariats die zweite schäbigste Menschensorte.

Diese beiden Klassenkampfmittel des Bürgertums waren indes nur für einzelne Spezialfälle verwendbar. Zur Verkrüppelung der ganzen Klasse mußten schon durchgreifendere Mittel gewählt werden. Z. B. das Stipendien(un)wesen. Begabte Proletarierkinder, die dem Bürgertum gefährlich werden konnten, wurden durch Staats- und von weitblickenden Kapitalisten gestifteten Geldern auf bessere Schulen geschickt. Sie wurden zu Kunstgewerblern, Beamten und freien Berufen herangebildet. Das Proletariat aber wurde seines besten Nachwuchses beraubt, und das Bürgertum bekam wertvolle frische Blutzufuhr. — Ferner das Wegkaufen der sich zu Führern emporentwickelten Proletarier durch Tausendmarkscheine, Minister-, Oberpräsidenten-, Landrats- und Bürgermeisterposten, durch Staats- und Kapitalsfutterkrippen vieler Art. Ein anderes Mittel sind die unter sozialistischer und kommunistischer Flagge und revolutionärer Phraseologie segelnden „Arbeiterblätter", die kapitalistische Politik machen.

Noch wirkungsvoller müssen die Mittel sein, die das Bürgertum anwendet, um den selbstbewußten fortgeschrittenen Teil der Arbeiterklasse auf eine falsche Bahn zu bringen, ihn zu zersplittern und als Kompaß der Arbeiterklasse unschädlich zu machen. In diesem Falle sendet es seine besten Köpfe in die betreffenden Organisationen. Ohne bezahlte Spitzel zu sein, suchen diese im eigenen Klasseninteresse das Proletariat in Abenteuer, — Putsche usw. — zu verstricken, um niedergeschlagen zu werden. In nicht revolutionären Situationen dagegen konstruieren sie sehr revolutionär und kommunistisch scheinende Theorien, die revolutionäre Vorhut dem Klassenkampf abwendig machen und die Organisation der Passivität auszuliefern. — Diese Sorte ist die gefährlichste, da sie immer revolutionärer sind als die Revolutionäre und kommunistischer als die Kommunisten. Außerdem sind es kluge Köpfe, Intellektuelle, Akademiker und nie zu fassen. Werden sie aber einmal erkannt und hinausgeworfen, machen sie die Zeitungen der Organisationen genau nach und stellen sich als die betreffende Organisation vor. Ihre Devise ist: Haltet den Dieb. Spitzel und Streikbrecher sind heute zu besonderen Organisationen zusammengefaßt: zu Pinkertongesellschaften, Detektivzentralen, Technischer Nothilfe. Beide sind heute durch die Gewerkschaften mächtig bedroht, da diese die Streikbrecher selbst stellen („Notstandsarbeiten"), Konkurrenz zwischen Technische Nothilfe und Gewerkschaften schwer möglich; denn es sind gleichgerichtete Kräfte. (Viele Gewerkschaftsmitglieder allerdings unbewußt.) Bei gleichzeitigem Einsetzen beider aber würde der Streik, mithin auch der Streikbruch, illusorisch.

Durch die Rivalität zwischen Gewerkschaften und Technische Nothilfe kann es aber auch vorkommen, daß zeitweilig selbst die Streikbrecher streiken. Hier hat die Bourgeoisie wieder andere Mittel: Die aus der KAP. und AAU. Hinausgeworfenen, als bürgerliche Zellen entlarvte Akademiker, haben einen kleinen Anhang gesammelt, geben sich als KAP. und AAU. aus und proklamieren den Streikbruch als revolutionäre Tat. Eine sogenannte Theorie und nachgemachte Zeitungen unserer Organisationen sind die revolutionäre Hülle.

Dunkle Ehrenmänner

Die gegenwärtige politische Situation — hervorgerufen durch die zusammenbrechende, kapitalistische Gesellschaftsordnung und die versinkende bürgerliche Kultur — ist die geeignetste, „die Betriebe zu reinigen".

Da es aber immer noch viele Proletarier in den Gewerkschaften gibt, welche die „Gewerkschaftsdisziplin" brechen und sich im Kampf gegen das Kapital mit ihren revolutionären Klassengenossen solidarisch fühlen, genügt es nicht immer, sie als Revolutionär zu denunzieren. Man versucht deshalb, ihnen „kriminelle" Verbrechen anzudichten.

Die verfaulende kapitalistische Luderwirtschaft treibt immer stinkendere Sumpfblasen. Es gibt schon Mörder-, Lumpen- und Spitzelzentralen, die eben aus Mördern, Lumpen und Spitzeln gebildet sind. Diesen letzten Mitbürgern ist aber eine beachtenswerte Konkurrenz erstanden aus pensionierten Kriminalbeamten. Sie haben eine Detektivzentrale pensionierter **Kriminalbeamter Deutschlands G. m. b. H., in Berlin** gegründet, die nun ihre Dienste den Unternehmungen in Handel und Industrie mit folgenden Worten anbietet:

„Wir haben bei anderen Firmen die Erfahrung gemacht, daß ein nicht unerheblicher Prozentsatz der Arbeiter und Angestellten Fabrikware für ihren eigenen Bedarf und zum Verkaufe bei Arbeitsschluß mit nach Hause nimmt. Um diese Schädigung einzuschränken, lassen eine Reihe von Fabriken ihr Personal durch unsere Beamten und Beamtinnen mit großem Erfolge seit Monaten kontrollieren ... Die Detektiv-Zentrale übernimmt alle in das Fach der privatkriminalistischen Tätigkeit fallenden Aufgaben. Sie übernimmt ... die Mitarbeit in fingierter Stellung als Handwerker, Arbeiter, Beamter usw. zwecks Verhütung und Aufklärung von Diebstählen in Haushaltungen, Bureaus und gewerblichen Betrieben."

Das ist ja eine ganz nette G. m. b. H., die sich da zusammengefunden hat. Die von ihr angebotenen Leute zur Mitarbeit in fingierter Stellung werden gewöhnlich mit dem Ehrennamen „Spitzel" bezeichnet. Die ehrenwerte Tätigkeit wird gegen Geld sicher auch auf Bespitzelung politischer Gesinnung ausgedehnt werden. Und um recht erfolgreich zu sein, scheuen solche Ehrenmänner auch selten vor Verdrehungen und Anstiftungen zurück. Da unsere parlamentarischen Arbeiterparteien sich solcher Ehrenmänner selber bedienen und in deren Organisierung einige Uebung haben, ist natürlich nicht anzunehmen, daß sie sich um diese neueste Blüte neudeutscher Kultur kümmern werden. Den Proletariern in den Betrieben erwächst hier die Aufgabe, ein wachsames Auge und gesundes Handgelenk zu behalten. Vielleicht wird hierdurch die Aufmerksamkeit mancher Gewerkschaftler von den Unionisten und sonstiger revolutionärer Klassengenossen abgelenkt.

Eine andere Morastblume ist die Pinkerton-Gesellschaft, mit der wir uns schon des öfteren zu befassen gezwungen sahen. Angesichts der neu erstandenen Konkurrenz versendet auch diese wieder flott Prospekte folgenden Inhalts:

„Deutsche Pinkerton-Gesellschaft
Berlin W, Schellingstr. 2.

Sehr geehrter Herr! Sie erleiden Verluste, die durch unser Kontrollsystem leicht zu vermeiden sind. Wir sind bereit, Ihnen zu helfen, unlautere Elemente zu entfernen, falls solche unter Ihrem Personal vorhanden sind. Zu diesem Zweck stellen wir Ihnen einen Beamten (Herr oder Dame) als Bureauangestellten, Arbeiter oder in sonst einer Eigenschaft zur Verfügung. Dieser arbeitet nach Ihren Anweisungen für Sie, und Sie erfahren täglich alles das, was in Ihrem Betriebe passiert. Die Unkosten, die für Sie entstehen, sind verhältnismäßig gering. Die Erfolge, die wir bei angesehensten Firmen erzielt haben, sind derartig, daß Sie in Ihrem eigenen Interesse nach einem Versuch ständig von unserer Einrichtung Gebrauch machen werden. Sie sind durch zahlreiche Anerkennungsschreiben belegt, welch letztere wir Ihnen auf Wunsch gern im Original vorlegen."

Den Proletariern in den Betrieben erwächst hier ein dankbares Arbeitsfeld. Statt sich auf Geheiß eines Führerklüngels gegenseitig die Köpfe einzuschlagen, sollten sie hier zusammenstehen. Dieses Gesindel legt nicht nur Revolutionäre hinein — das mit dem Bewachen gegen Diebstahl ist nur ein oberfauler Vorwand —, sondern jeden, der nicht ebenfalls Gesinnungslump ist. Auf einen Meineid kommt es berufsmäßigen Denunzianten nie an.

Proletarier, Augen auf!

Eine Schöpfung der Sozialdemokratie

Aus der glorreichen Epoche der „Deutschen, sozialistischen Republik" ragt bis in unsere Tage deren einzige Schöpfung: die Technische Nothilfe. Denn alle anderen Taten der „reinen Arbeiterregierung" waren Imitationen aus wilhelminischem Zeitalter. Abgesehen von der „Auf-der-Flucht-erschossen"-Methode.

Diese republikanisch-demokratische Staatseinrichtung, die Technische Nothilfe, hat ihre Jahresabrechnung für 1921 fertiggestellt und versendet sie, hohnheischend an Unternehmer, „Arbeiterparteien" und Gewerkschaftsinstanzen.

Die Fälle von gewerkschaftlich-solidarischen Hilfsleistungen durch die Technische Nothilfe sind in Deutschland während des Jahres 1921 im Vergleich zum vorhergehenden Jahre zurückgegangen; Denn 717 Einsätzen im Reich im Jahre 1920 standen 1921 nur 320 gegenüber, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß diese ehrenwerte sozialdemokratische Gesellschaft auf Anordnung der Rheinlandkommission ihre Tätigkeit im besetzten Gebiet ab 3. Juni 1920 einstellen mußte. Während im Jahre 1920 22 415 Nothelfer eingesetzt wurden, betrug diese Ziffer im vergangenen Jahre nur 10 502, also kaum die Hälfte. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden verringerte sich von 1 129 380 im Jahre 1920 auf 465 929 im Jahre 1921. Die hohen Ziffern des Jahres 1920 erklären sich vor allem aus den zahlreichen Einsetzungsfällen während der Kapp-Unruhen (219 Einsätze mit 15 172 Nothelfern und 485 008 geleisteten Arbeitsstunden), und schließlich durch die Konkurrenz der Gewerkschaften.

Von den gesamten Einsätzen entfielen

auf	1921 v. H.	1920 v. H.
Elektrizitätswerke	5,3	13,7
Gaswerke	4,2	7,8
Wasserwerke	3,9	8,0
Landwirtschaftliche Betriebe	26,9	19,5
Lebensmittelgewerbe	6,3	13,5
Transport und Verkehr	36,3	25,5
Hütten- und Bergbau	0,5	0,6
Brandlöschungsarbeiten	6,1	0,1
Sonstige Einsätze	10,5	11,3

Von der Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden (465 929) entfielen 31,2 v. H. auf Kommunalbetriebe (Elektrizitäts-, Wasser-, Gaswerke), 24,3 auf die Landwirtschaft, 20,6 v. H. auf Transport und Verkehr und 23,9 v. H. auf die übrigen Einsätze.

Wenn der Rückgang in der gleichen Weise weitergehen würde, **bestände die Gefahr der vollständigen Auflösung, und das würde das Ende jedes Streikes sein. Denn ohne technische Nothilfe, d. h. ohne Verrichtung der für** die Kapitalisten notwendigen Arbeiten würden sie keinen Streik mehr erlauben. Und das würde auch das Ende der Gewerkschaften bedeuten. Mindestens aber müßten einige Zehntausende Gewerkschaftsbeamte entlassen werden, wenn es keine Streiks mehr abzuwürgen gäbe. Es ist daher ohne weiteres glaublich, daß auch die Technische Nothilfe neben der Schupo in den ADGB. aufgenommen werden muß; denn das ist die einzige Rettung für beide.

Einschalten können wir hier wohl auch, daß die Sozialdemokratie im April dieses Jahres im Reichstag wieder die Mittel für diese republikanische Einrichtung bewilligte. Die Presse der SPD. hat die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag gebilligt und führt eine systematische Kampagne, um der Arbeiterschaft die Notwendigkeit und Nützlichkeit der staatlichen Streikbrechergarde einzureden. Der „Vorwärts"-Redakteur Erwin Barth ist auch gleichzeitig Redakteur des Organs der Technischen Nothilfe „Die Räder". Hervorragende Gewerkschaftsführer zählt es zu seinen Mitarbeitern. Das hindert die Sozialdemokraten in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsbeamte natürlich gar nicht, dort, wo sie es vor den Massen müssen, auch gegen die Technische Nothilfe Stellung zu nehmen. Sie gehören zusammen. Technische Nothilfe und Gewerkschaften haben für das Kapital dieselbe Bedeutung. Sie müssen einander wegen zusammenleben, um ihre Lebensvoraussetzung zu erhalten.

Vielleicht besinnen sich aber auch die Proletarier auf ihre Menschenwürde und brechen beiden das Genick um. Denn soviel Reinlichkeitsgefühl, wie die aus Offizieren und Kapitalisten bestehende Rheinlandkommission hat, sollte man den Proletariern doch auch bald zutrauen.

Wirtschaftliche Rundschau

Tausend Prozent Reingewinn

Die Plantagengesellschaft Clementina in Hamburg hat bei einem Aktienkapital von 1,5 Millionen Mark reichlich 15 Millionen Mark Gewinn „erarbeitet". Nach Verteilung von hohen Aufsichtsratstantiemen, großen Abschreibungen und 3,1 Millionen Mark Rückstellung für Steuern für das **kommende** Geschäftsjahr, hat die Gesellschaft 647 Prozent Dividende verteilt!

Betriebseinstellungen

Infolge Absatzmangels wurden im tschechischen Kohlenbergbau nachstehende Gruben stillgelegt: Im Komotauer Revier die Albertzeche in Liebotitz, die Gute Hoffnungsgrube in Kudenitz, die Skodawerke, die Kutscherzeche in Holletitz, die Anna Eleonorengrube in Meretitz; im Prager Revier die Steinkohlengrube Barbara in Kl. Prilep, die Steinkohlengruben Ludwig in Brant und Filip in Rakonitz.

Der sterbende Kapitalismus

Skandinavien.

Die drei kleinen skandinavischen Staatswesen leiden unter der Weltwirtschaftskrise wohl fast am schwersten. Die ungeheuern Kriegsgewinne gestatteten es dem Handel und der Industrie, einige Zeit ohne Profit zu arbeiten. Sie sind aber aufgebraucht und die Wirtschaft zerbröckelt. In diesen 3 europäischen Nordstaaten hat das Proletariat unerhört gelitten. Die Arbeitslosigkeit geht fast bis zu 40 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im Durchschnitt ist die Mehrheit der Arbeiterschaft arbeitslos.

In Schwede

ist Handel und Industrie rapid im Rückgange begriffen.

Die Roheisenherstellung ist 1921 gegenüber 1920 um 102 000 Tonnen zurückgegangen, bei Guß- und Walzstücken fand ein Rückgang um 117 000 Tonnen statt, bei handelsfertigen Walzwerkprodukten um 170 000 Tonnen, der Umsatz nach dem Auslande stockte und die Nachfrage des Inlandes ist bei dem allgemeinen Wirtschaftsrückgange gering. Von 134 Hochöfen waren nur noch 21 im Jahresausgange 1921 in Betrieb! Die Konkurse mehren sich in allen Wirtschaftszweigen. Im Jahre 1920 hatte Schweden 2350 Konkurse und im Jahre 1921 5186 Konkurse zu verzeichnen. Das sind bedenkliche Zahlen. Man ist sich in Schweden des Ernstes der Wirtschaftslage bewußt. Die Finanzinstitute schränken die Industrie- und Handelskredite ein. Viele Banken sind arg in Mitleidenschaft gezogen. Selbst die Reichsbank hat ihren Geschäftsverkehr bedeutend eingeschränkt. Ihre Gewinne gehen ebenfalls sehr zurück. Der Goldbestand wurde bedeutend eingeschränkt. Die Schiffsbauindustrie liegt zum Teile still. Vier der größeren Werften hatten zeitweilig ihren Betrieb vollkommen geschlossen. Im Januar 1922 waren in der Werftindustrie 4069 Personen tätig gegenüber 10 907 Personen, am 1. September 1920. Die Schiffe fahren zum Teile mit Verlust, da eine Konjunkturänderung nicht eintritt, sind die Reeder den Verlusten zum Teile nicht mehr gewachsen. In Norrköping mußten schon drei Reedereien den Konkurs anmelden. Die Maschinenbauindustrie beschäftigte am 1. 1. 1922 nur noch 27 000 Arbeiter gegenüber 60 000 am 1. 9. 1920. In der Elektrizitätsindustrie war der Rückgang um weniges geringer. Die Holzindustrie, die Papier- und Sägeindustrie, die Torf- und Tabakindustrie befinden sich in nicht weniger schwerer Lage. Lohnkürzungen sind an der Tagesordnung. Mit dem 1. 1. 22 erhielten die Hotelangestellten eine Lohnkürzung um 20 Prozent, die Schuhindustriearbeiter (7500 Personen) um 33 Prozent, die Seemannsverbände um 13 Prozent; es gibt kein Gebiet mehr, in dem nicht Lohnkürzungen eingetreten sind. Auf 100 offene Stellen kamen im Oktober an Arbeitsuchenden 263 gegenüber 110 im Jahre 1920. Diese starke Arbeitslosigkeit allein beweist schon die außerordentlich schwere Wirtschaftskrise.

In dem Schwesterstaate

Norwegen

liegen die Verhältnisse ähnlich.

Die Arbeitslosigkeit ist ungeheuer groß. Am 10. 12. 21 wurden 32 300 Arbeitslose gezählt, hierzu kommen noch etwa 9—10 000 Personen, die mit Notstandsarbeiten beschäftigt werden. An 18,2 Mill. Kr. sind im vorigen Jahre für Notstandsarbeiten ausgegeben. Die Schiffahrt Norwegens liegt vollkommen im argen. Die Schiffsreeder in Haugesund legten ihre gesamte Flotte auf; am Dezemberbeginn waren 8000 norwegische Seeleute unbeschäftigt. Die herrschende Depression am Frachtenmarkte macht eine Wiedereinstellung der Schiffe auch in Zukunft unmöglich. Die Zahl der angekommenen Schiffe in norwegischen Häfen ist gegenüber 1913 um fast die Hälfte zurückgegangen; im Jahre 1921 zählten die angekommenen Schiffe 4598, im Jahre 1913 8055. Die Ziffer der von Norwegen abgegangenen Schiffe hat sich auch weitaus vermindert. Im Jahre 1913 hat man 9308 Schiffe gezählt und im Jahre 1921 5375 abgehende Schiffe. Auch in Norwegen nehmen die Konkurse ständig zu. Mit einer Besserung der Lage rechnet weder Industrie noch Handel. Man bereitet sich auf weitere Stillegung vor.

In Dänemark

sieht es ähnlich aus wie in Schweden und Norwegen. Dänemark hat während des Krieges eine Industrie entwickelt, für die heute keine Absatzbedingungen vorhanden sind. Die Gestehungskosten sind hohe, weil die chemische Industrie natürliche Grundlagen nicht aufweist, denn es sind weder Rohstoffe noch Kohle vorhanden. Der Absatz stockt und die Inlandspreise sinken, während die Herstellungspreise sich erhöhen. Die durchschnittliche Ausfuhr belief sich im Monat auf 157 Mill. Kronen für 1920, im November 1921 auf 102 Mill. Kr., im gleichen Zeitraume sank die Einfuhr von 262 Mill. Kr. auf 141 Mill. Kr. Die geringen Absatzmöglichkeiten bedingen einen Rückgang der Herstellung und damit einen Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Arbeitslosigkeit ist in dauerndem Anwachsen begriffen, sie betrug im Dezember 1920 41 000 Personen gegen über 78 893 Personen im Dezember 1921 und 82 825 Arbeitslosen in der ersten Januarwoche 1922. Wie erheblich der Rückgang der industriellen Leistungskraft ist, zeigen die Kohleneinfuhrziffern. An Kohlen wurden um nahezu 350 000 Tonnen im vergangenen Jahre weniger eingeführt wie für 1920. Die Regierung bemüht sich, die Industrie zu subventionieren, um einen Zusammenbruchsbewegung aufzuhalten, die Dänemark nicht ertragen könnte. Man ist auf dem Wege, einen Abbau der Industrie zugunsten der Landwirtschaft herbeizuführen: Dänemark soll wieder seinen natürlichen, also agrarischen Wirtschaftsbedin

134

gungen zugeführt werden. Doch gebricht es der Landwirtschaft schon jetzt an Absatz.

Der Staat subventioniert die Schiffahrt zur Zeit mit 86 Mill. Kr., die Fischerei mit 100 000 Kr., die Industrie erhält eine Frachtermäßigung, die dem Staate eine Mindereinnahme von 30 Mill. Kr. bringen wird. Auch in dem Wirtschaftsleben Dänemarks mehren sich die Konkurse. Es ist eine dauernde Steigerung der eingetretenen Schwierigkeiten zu verzeichnen. Der Durchschnitt der monatlichen Konkurse belief sich vom Januar zum September im Jahre 1921 auf 53; im Oktober war die Zahl der Konkurse 73 und im November schon 84. Diese Bewegung hat bis jetzt angehalten

*

In allen 3 Staaten kämpft das Unternehmertum trotz der exorbitant großen Arbeitslosigkeit um Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnherabsetzung. In vielen großen Kämpfen sind die Arbeiter dank des Verrats der Gewerkschaften unterlegen.

Der absterbende Kapitalismus dieser 3 kleinen Staaten ist ein getreues Spiegelbild des Weltkapitalismus. Alle drei Staaten sind seefahrende Nationen und waren in hervorragendem Maße Spediteure der übrigen kapitalistischen Staaten. Skandinavien ist typisch für die versinkende bürgerliche Kultur. Trotzdem die Industrie- und Handelsunternehmen buchmäßig tatsächlich in großem Maßstabe mit Verlust arbeiten, ist unerhörte Schwelgerei und Prasserei und übertriebener Luxus heimisch. Auf der andern Seite aber das grauenhafteste Elend und langsames Hungersterben, und das in einem Lande, dessen Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie wegen Absatzlosigkeit zugrunde geht! Ein Widerspruch, den kommende Generationen sich wohl nur mit der vollkommenen Degeneration und geistigen Versklavung des Proletariats — der übergroßen Masse des Volkes — erklären werden.

Aus der Betriebsräteprаxis

Der Betriebsausschuß der AEG.-Werke, Hennigsdorf, sandte an die einzelnen Vertrauensleute des Betriebes folgendes Rundschreiben:

Kolleginnen! Kollegen!

Die unhaltbaren Zustände in gewerkschaftlich-organisatorischer Beziehung machen es uns zur Pflicht, mit der bisherigen Praxis, jedem seiner Bequemlichkeit freien Lauf zu lassen, zu brechen! Wir verlangen folgendes:

1. Die Vertrauensleute müssen Statistik führen über Beitragsleistung und Mitgliederfluktuationen.
2. Kolleginnen und Kollegen haben ihrem Vertrauensmann von jeder Beitragszahlung unter Vorlegung des Buches Kenntnis zu geben!
3. Die unorganisierten Kollegen haben es sich zu überlegen, ob sie noch weiterhin Nutznießer der durch die organisierte Arbeiterschaft geschaffenen Tarifregelungen sein wollen.

Unsere Parole ist:

„Alles hinein in die Gewerkschaften!"

Dann werden auch wir bessere Tarifverträge erzielen. Wir halten es für unsere Pflicht, die unorganisierten Teile der Belegschaft davon in Kenntnis zu setzen, daß wir es satt haben, den Hemmschuh der Arbeiterbewegung weiterhin durchzuschiffen.

Der Betriebsausschuß der AEG.-Lokomotivfabrik Hennigsdorf.

Dieser Ausschuß besteht aus KPD.-Angehörigen; er leiert die alte Walze: „Rettet die Gewerkschaften", enthüllt aber — unbewußt — die Phrase von der „Revolutionierung der Gewerkschaften". Als Partei verwirft die KPD. die Arbeitsgemeinschaften. In den Gewerkschaften aber — siehe dieses Beispiel von den besseren Tarifverträgen — erstreben die KPD.-Mitglieder sie. Das beweist unsere Behauptung, daß nicht die Zellentaktiker die Gewerkschaften revolutionieren, sondern daß sie in diesen korrumpiert werden. Und dann: haben denn die Mitglieder Einfluß beim Abschluß der Tarifverträge? Unter dem „Hemmschuh" sind in erster Linie Revolutionäre gemeint. Denn in der Tat hemmen sie die Gewerkschaften, das Proletariat vollends dem Kapitalismus auszuliefern.

Proletarier! Heraus aus den Gewerkschaften; zertrümmert diesen Wall der Konterrevolution. Dann seid ihr frei, euch betriebsweise zusammenzuschließen zur Klassenfront.

Gewerkschaftliche Rundschau

Dämmert's schon?

Der DMV. versendet in riesigen Massenauflagen gedruckte Formulare, in denen es u. a. heißt:

Werter Kollege!

Wir erhalten die Mitteilung, daß Sie aus unserer Organisation, dem DMV., austreten wollen resp. bereits ausgetreten sind.

Dies müssen wir um so mehr bedauern, weil wir darauf aufmerksam machen müssen, daß Sie sich durch die Dauer Ihrer Organisationszugehörigkeit offenbar Rechte erworben haben, die Ihnen in bestimmten Fällen des Lebens zur Seite stehen.

Da der Interessenkampf der Arbeiter immer schärfere Formen annimmt, ist es unbedingt notwendig, daß auch jeder Metallarbeiter unserer Organisation angehört. Nicht nur deshalb, weil es ihm dadurch ermöglicht wird, ein entschlossener Kämpfer für unsere Interessen zu sein und durch den Bezug von Streikunterstützung derartige Kämpfe besser überstehen kann, sondern es kommt noch insbesondere in Frage, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband einen um so größeren Druck dem Unternehmer gegenüber anwenden kann, je besser das Organisationsverhältnis der Arbeiter in der Metallindustrie ist.

Den „Druck", den der DMV. auf die Unternehmer ausübt, werden die Mitglieder im Süddeutschen Metallarbeiterstreik wahrscheinlich so gespürt haben, daß die Erkenntnis zu dämmern beginnt und sie den Verband in großen Massen fliehen. Erst wenn die Proletarier in solchen Massen austreten, daß die Futterkrippen der Bonzen in Gefahr sind, können sie einen „Druck" ausüben, der groß genug ist, diese Gesellschaft offen ins Lager des Kapitals zu „drücken". Erst wenn diese konterrevolutionäre Brut nicht mehr ist, können sich die Proletarier in den Betrieben zur Klassenfront zusammenschließen und durch das Kapital zum Teufel „drücken".

Vergeßt die politischen Gefangenen nicht!

Sendet Geld an die V. R. U. K.

Postscheckkonto Berlin NW 7 Nr. 116 493 Kurt Andrießen, Berlin O 34

„Rettet die Gewerkschaften"

Angesichts der jetzt an vielen Orten des Reiches ausbrechenden Industrie- und Landarbeiterrebellionen und der „Rettungsarbeit" der KPD., mag es angebracht sein, einen Rahmen aus der Rumpelkammer zu holen, der noch heute für die meisten Führer paßt.

Die KPD. gibt ein kleines Blättchen heraus: „Der Kommunistische Landarbeiter". Dieses schreibt in ihrer Nr. 16 vom August 1921:

Ein Gauleiter, wie er im Buche steht.

Herr Heinrich Schmidt in Rostock ist Gauleiter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes im Gau Mecklenburg. Er sollte der Vertreter des mecklenburgischen Landproletariates sein, er ist, wir haben darüber manches vermelden müssen, der übelsten Verräter einer, die in der Arbeiterbewegung ihr frevelhaftes Spiel treiben. Die „Rostocker Volks-Zeitung" schreibt dem sauberen Patron folgendes ins Stammbuch:

„Herr Schmidt behauptet in einer Notiz, zu wissen, wie die Landarbeiter über die Kommunisten und über ihn denken. Wir finden, daß Herr Schmidt recht schlecht unterrichtet ist. Wir empfehlen ihm, am Sonntag in der Gaukonferenz der Landarbeiter in Güstrow zu erscheinen, dort wird er deutlich erfahren, was die Landarbeiter von ihm halten. Dann kann er auch Auskunft über die Frage geben, die jetzt in Landarbeiterkreisen recht ernstlich diskutiert wird.

Es wird nämlich behauptet, daß Herr Schmidt nicht nur ein Jahreseinkommen von 28 000 Mark habe, sondern er beziehe noch weiter für die Tätigkeit seiner Frau für das Reinmachen des Bureaus 900 M. monatlich oder 10 800 Mark jährlich, seine Tochter erhalte 18 000 M. jährlich und sein zukünftiger Schwiegersohn 21 600 M., so daß sich das Gesamteinkommen der Familie Schmidt aus den Beiträgen der Landarbeiter, für die nach Herrn Schmidt 1 Mark und 10 Pfennig Stundenlohn reiche, auf 78 400 Mark belaufe. Diese Einnahmen verstehe aber Herr Schmidt noch zu erhöhen, indem er sich für alle Eisenbahnfahrten den Fahrpreis dritter Klasse vergüten lasse, obwohl er in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter eine Freifahrkarte besitze. Dazu träten noch „einige andere Nebeneinnahmen", so daß die Schmidtsche Familie ein Einkommen von etwa 93 000 Mark aus den Beiträgen der Mitglieder oder, wie sie Herr Schmidt nennt, der „kommunistischen Prahlhänse" bezieht.

Herr Schmidt! Sie sind Angeklagter. Erscheinen Sie in Güstrow, um die Anklagen der Landarbeiter entgegenzunehmen."

Herr Schmidt ist in Güstrow nicht erschienen. Ihm fehlte der Mut zur Verantwortung. Oder die Autofahrten, Wein- und Gabelfrühstücks mit den Gutsbesitzern lassen ihm keine Zeit, vor den Landarbeitern zu erscheinen. — Vielleicht ist es auch die Angst vor der Dreschkunst der Landarbeiter, weswegen Schmidt — wie der Fuchs dem Fangeisen — respektvoll allen Landarbeiterversammlungen ausweicht.

Das war 1921! Diese Pfründe wirft heute ihm 250 000 M. ab. Neben „Freifahrkarte, Autofahrten, Wein und Gabelfrühstücks mit den Gutsbesitzern". Und das muß doch jeder begreifen, wenn das Blatt gleich auf der anderen Seite schreibt:

„Kollegen, es gibt hier nur einen Ausweg, und der ist, daß alle Kollegen, die aus Verärgerung dem Verband den Rücken gekehrt haben, zurückkehren und je noch einen Kollegen mitbringen. Dann können wir den Kampf gegen die Gauleitung erfolgreich zu Ende führen."

Ortsgruppenvorstand der Ortsgruppe Loose.
Asmus Jürgensen.

Das erfolgreiche Ende ist eben die „kommunistische" Gauleitung. Wer nicht ganz von Gott verlassen oder Asket ist — und weder Asmus Jürgensen noch die „Kommunisten" sind es — der hat schon seinen Grund, die Gewerkschaften zu retten.

Viele der Zwangsmitglieder der Gewerkschaften mögen nur ausrechnen, wie viele Gauleitungen, Ortsverwaltungen und Vorstandsposten noch „erkämpft" und neu besetzt werden können, und sie werden begreifen, warum es so viele und redewandte Kollegen gibt, die sie zum Verbleiben in der Gewerkschaft anpeitschen. Es gibt vierzigtausend Gewerkschaftsbeamte in Deutschland und wenigstens vierhunderttausend Auchkollegen, die danach lüstern sind. „Rettet die Gewerkschaften".

Bezirkskonferenz (KAP.) Mitteldeutschland

Am Sonntag, den 11. Juni, vorm. 9 Uhr findet in Halle, Volkspark, eine Bezirkskonferenz Mitteldeutschlands statt.

Tagesordnung:

1. Politische Lage und Aufbau der Partei.
2. Bericht vom Parteitag.
3. Aufbau des Bezirkes.
4. Verschiedenes.

Sämtliche Ortsgruppen der früheren Bezirke Mitteldeutschlands, Ostsachsen, Westsachsen, Groß-Thüringen, Mansfeld und Oberlausitz müssen vertreten sein.

Mitteilungen

An den Reichsarbeitsausschuß gingen folgende Gelder ein: Am 3. Juni von Braunschweig 44,— M. für Pflichtbeitrag. Für Zeitung bis zum 6. Juni: Amsterdam 75,— M., Ammendorf 24,— M., Bitterfeld 120,— M., Braunschweig 480,— M., Benrath 24,— M., Chemnitz 96,— M., Goddulla 191,25 M., Gronau 14,40 M., Hettstedt 144,— M., Jeßnitz 240,— M., Mainz 30,— M., Großsalze 28,80 M., Torgau 120,— M., Wittenberge 36,— M., Weimar 30,— M., Westeregeln 14,40 M., Frankfurt a. M. 240 M., Grenzdorf 10,— M., Dresden-Radebeul 41,— M.

Der Reichs-Arbeits-Ausschuß

Außerdem ersuchen wir die Orts- und Wirtschaftsbezirke sofort um Zusendung der Zeitungsgelder.

Sämtliche Geld- und Postsendungen sind zu richten an Georg Schönbeck, Berlin-Neukölln, Leinestr. 53 II.

J. A.: RAA.

Reinickendorf. Mitglied Franz Möhl, Mitgliedskarte 694, ist wegen Solidaritätsverweigerung ausgeschlossen.

15. Unterbezirk.

Bezirk Süd-West.

Sämtliche Zuschriften sind an den Genossen Lorenz, Frankfurt a. M., Große Seestr. 69, zu richten. Geldsendungen sind an den Genossen Grotenthaler, Flörsheim a. M., Bleichstr. 11, zu senden. Die Ortsgruppen Heidelberg a. N. und Ludwigshafen a. Rh. werden aufgefordert, die Pflichtbeiträge und die Umlage für die Reichskonferenz sofort einzusenden.

Ortsgruppe Frankfurt a. M.

Die einzelnen BO. werden aufgefordert, die Umlage für die Reichskonferenz sofort an den Genossen Dracker, Frankfurt a. M., Werderstr. 8 p., abzuliefern. Auskunft erteilt in allen Fragen Emil Herwegh, Frankfurt a. M., Ginnheimer Landstraße 6 H. I. Andere Adressen und Anzeigen sind ungültig.

Wittenberge.

Jeden ersten Freitag im Monat Mitgliederversammlung bei Kunkel, 7½ Uhr, Bismarckplatz. Mitgliedsbuch legitimiert.

Wer die Solidaritätsbeiträge verweigert, wird ausgeschlossen.

Eberswalde.

Wegen organisationsschädigenden Verhaltens wurden aus der Union ausgeschlossen: Richard Weber (7237), August Marschner (7220).

Wegen leichtsinnigem Umgang mit Organisationsgeldern: Paul Fenske (7215), Fritz Broose (196).

Heegermühle.

Jeden Freitag Mitgliederversammlung der AAU. im Restaurant „Zum Flutenwirt", Am Kanal.

Ludwigshafen a. Rh. Jeden Mittwoch 5 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Oettinger, Hartmannstraße 41. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, in der Versammlung zu erscheinen. Wer noch keinen Anschluß an einen Vertrauensmann hat, kann seine Marken und Zeitungen im Lokal Stolzenfels, bei Ofer, Friesenheimer Straße 25, in Empfang nehmen. Laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 26. April 1922 wird jeder Genosse, der sechs Wochen mit seinem Beitrag rückständig ist, und wer nicht mindestens im Monat eine Mitgliederversammlung besucht, ausgeschlossen.

Groß-Frankfurt a. M.

Distrikt Bornheim. Arbeitslose und Einzelmitglieder treffen sich Samstag 6¼—8 Uhr im Lokal Gutrum, Arnsburger Str. 68. Zeitungs- und Markenausgabe.

Distrikt Ostend. **Auskunft über AAU.**, Zeitung und Markenausgabe täglich im Restaurant Ritter, Oldenstraße 83.

Flörsheim a. M. Ausgeschlossen wegen Verweigerung der Solidarität: Wilh. Förster, B.-Nr. 021 604 A, Karl Künel, B.-Nr. 018 258 A, Fritz Thomä (Frankfurt) B.-Nr. 018 268.

K.A.P.D. und A.A.U. Groß-Hamburg.

Am Montag, den 12. Juni, abends 7½ Uhr, pünktlich, gemeinsame

Mitgliederversammlung

bei Siesum, Kaffeemacherreihe 12. **Tagesordnung: 1. Die Einheitsfront des Weltkapitals; 2. Kassenbericht. Mitgliedsausweis legitimiert. Alle Mitglieder müssen erscheinen.**

Die Arbeitsausschüsse.

Groß-Hamburg.

Öffentliche Arbeiterversammlung

am Dienstag, den 13. Juni, abends 7½ Uhr, in Wulffs Etablissement Altona, Große Bergstraße Nr. 27. Tagesordnung:

Die Zuchthausrepublik, ihre Handlanger und das Proletariat

Freie Aussprache. Arbeiter, erscheint in Massen.

KAPD. Groß-Hamburg.
AAU. Groß-Hamburg.

Wichtige Neuerscheinungen.

(Preise freibleibend.)

M. Philips Price: Die russische Revolution, Erinnerungen aus den Jahren 1917—1919, brosch. 18 M., geb. 35 M.
Varga: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, erw., neueste Aufl., 12 M.
Die russische Revolution und die Kommunistische Partei, 2 M.
K. Korsch: Quintessenz des Marxismus, gemeinverständliche Darlegung, broschiert, 5,50 M.
Brupbacher: Marx und Bakunin, brosch. 50 M.
K. Korsch: Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung, broschiert 16 M.
Krische: Marx und Freud, brosch. 5 M.
Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei 13 M.
Lenin und Sinowjew: Gegen den Strom (Aufsätze aus den Jahren 1914—1917), brosch. 30 M.
Karl Marx: Inauguraladresse, neu herausgegeben von Kautsky 10 Mark.
Trotzki: Die Rote Armee der Sowjetrepublik auf der Wacht! 5 M.
Rudolf Abraham: Die Theorie des modernen Sozialismus 21 M.
Bucharin: Oekonomik der Transformationsperiode, brosch. 20 M., gebunden 30 M.
Hübner: Das Lesebuch der Republik 13 Mark.
Warski: Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution, 4 M.
Varga: Die Lage der Weltwirtschaft und der Gang der Wirtschaftspolitik in den letzten drei Jahren, 4 M.
Russische Korrespondenz Nr. 1—3, Jg. 1922, 20 Mark.
Gorki: Zerstörung der Persönlichkeit, 25 M.

Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Straße 6
Ecke Höchstestraße.
Postscheckkonto: Berlin 49 029.

Rote Jugend Nr. 5

Kampforgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend

Soeben erschienen.

Aus dem Inhalt: Der Weg der kommunistischen Jugend, — der Weg in den Sumpf. — Bilder aus der Jugendbewegung. — Bildungsarbeit in der Jugendbewegung. — Unsere Aufgaben u. a. m.

Preis 2 Mark.

Genossen! Diese Nummer enthält für jeden Genossen der KAJ. sowie KAPD. hochwichtiges Material.

Verbreitet die „Rote Jugend" in Massen.

Zu beziehen durch sämtliche Gruppen der KAJ. sowie durch den Verlag „Rote Jugend", Berlin NO 18, Landsberger Straße 6.

Verantwortl. Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Koster, Berlin, Alexandrinenstraße 110.

Nr 40,-
Nr 25

B2

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam.

Jahrg. 3. Nr. 23. 1922 **„Der Kampfruf" erscheint wöchentlich.** **Preis 1,50 M.**

Revolutionäre Taktik*)

In dem Programm der Allgemeinen Arbeiterunion sind aus der jeweiligen Situation die Schlußfolgerungen gezogen. Das Programm der AAU. sagt in seinen Grundzügen: für die Arbeiterklasse gibt es keine Rettung als die Uebernahme der Produktionsmittel in die Hände des Proletariats durch seine Diktatur. In dem Programm der AAU. sind die Lehren der russischen als auch der der deutschen Revolution verwertet. Nur durch die aus der Kraft des Proletariats geborenen Räte kann die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Aufgabe vollbringen.

Das Proletariat der Welt ist auf diesem Gebiete in verschiedenen Ländern wiederholt zum direkten Angriff übergegangen. Jedoch diese Erkenntnis im Proletariat hat auch die Kräfte der Konterrevolution verdoppelt, verzehnfacht. Mit unerhörter Brutalität ist der Angriff der Arbeiterklasse niedergeschlagen worden. Die Licht- und Kraftquelle in Rußland ist erloschen. Rußland hat sich von einer Hochburg der Revolution zu einer Feste der Konterrevolution verwandelt. Wir leben in einer Epoche, die man bezeichnen kann: Erstarkung der Konterrevolution und Niederlage der Revolution, trotzdem die ökonomische Krise sich ausdehnt, sich verschärft und die Lebenslage der Arbeiterklasse auf ein unerträgliches Niveau herabgedrückt wird.

Für die AAU. als diejenige Organisation, die die Eroberung der Produktionsmittel durch das Proletariat auf ihre Fahne geschrieben hat, muß deshalb die Frage aufgeworfen werden: Ist überhaupt für die Realisierung unseres revolutionären Programms die Voraussetzung noch vorhanden?

Bei Untersuchung dieser Frage stoßen wir ganz von selbst auf den für die Union wichtigsten Punkt, nämlich auf die Frage: Unter welchen Bedingungen, unter welchen Voraussetzungen ist die Realisierung unseres Programms möglich? Was ist überhaupt Revolution? Welche Probleme müssen gelöst werden und unter welchen Bedingungen müssen sie gelöst werden?

Die proletarische Revolution ist ein Kampf zwischen zwei Klassen: der Klasse der Lohnproletarier und der Kapitalistenklasse. Der Klassenkampf des Proletariats ist jedoch nicht etwas rein Gefühlsmäßiges. Der proletarische Klassenkampf und die Waffen und Methoden in der jeweiligen Situation bedürfen ständig der Prüfung. Die Waffe der Kritik kann die Kritik der Waffen nicht ersetzen. Der Kommunismus ist die Lehre von den Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes. Und nur eine Untersuchung dieser Bedingungen kann den Schlüssel für unsere Taktik und programmatische Plattform bilden. Die Zeiten eines Weitling, wo der Kompaß des proletarischen Klassenkampfes das Gefühl war, sind längst vorüber. Der Kommunismus ist kein schwärmerisches Ideal, keine Zukunfts- und Hoffnungsmusik mehr, sondern eine Realität, und er steht nicht nur als Erlöser vor dem Proletariat und fordert, sein menschheitsbeglückendes Werk vollbringen zu dürfen, er steht auch als Menetekel vor der Arbeiterklasse, und die Geschichte wird die Arbeiterklasse mit dem Untergang bestrafen, wenn sie sich hartnäckig sträuben sollte, ihre historische Pflicht zu erfüllen. Wir sehen den Zusammenbruch des Kapitals und sehen die Auswirkungen der Krise auf das Proletariat. Wir sehen auf der anderen Seite ein Proletariat, das die Geister der Vergangenheit nicht los wird. Wir sehen also auf der einen Seite die Unfähigkeit des Kapitals, dem Zusammenbruch Einhalt zu gebieten, und auf der anderen Seite eine Arbeiterklasse, die alles scheinbar über sich ergehen läßt und den Kampf nicht wagt, weil es — sagen wir es doch — den Kommunismus nicht will, noch nicht erkennt, daß dies die einzige Rettung ist.

Die Schwankung in der russischen Politik ist ein schwerer Rückschlag für die revolutionäre Bewegung. Große Arbeitermassen, deren Herz höher zu schlagen begann, fallen angesichts der Liquidation der russischen Revolution in die Passivität zurück. In Wirklichkeit haben wir es mit einer Verschiebung des Schwerpunktes der Revolution nach den hochkapitalistischen Ländern zu tun. Die Krise ergreift diejenigen Staaten, in denen von einer revolutionären Bewegung bis jetzt nur sehr wenig zu spüren war, in denen wohl alle Voraussetzungen für die proletarische Revolution vorhanden sind, in denen aber die Arbeiterklasse selbst ihre für die Revolution notwendige Reife mit unerhörten Opfern erkauft.

Die politische Konsolidierung des Kapitals, die Niederlage des russischen, des ungarischen Proletariats, die Niederschlagung der deutschen Erhebungen, die Burgfriedenspolitik Rußlands, alles Versuche, um das Proletariat für den kapitalistischen Wiederaufbau einzuspannen, müssen bei einem Proletariat wie dem deutschen, das geistig und organisatorisch (durch die Gewerkschaften) an das Kapital gekettet ist, geradezu verheerend wirken. Hinzu kommt noch, daß das Kapital dem Proletariat alle Positionen, die es scheinbar oder tatsächlich innehatte, entreißt. Die Zuchthausgesetze besagen in dieser Beziehung genug. Da das Kapital die Krise nicht beheben kann und seinen Profit trotzdem sichern und steigern muß, infolge der Verringerung der Produktion, kann dies nur erfolgen auf Kosten der rücksichtslosen Knebelung und Ausbeutung, die sich für diejenigen, die noch im Produktionsprozeß stehen, stets steigern muß, während auf der anderen Seite die Arbeitslosigkeit stets wächst. Das Kapital befindet sich auf der ganzen Linie im Angriff. Das Proletariat dagegen im Rückzuge und in der Zersetzung.

Dies ist die Offensive einer Klasse, die wohl den Zerfall der Produktionsverhältnisse, auf die sich ihre Macht stützt, nicht aufhalten kann, die aber infolge ihres ausgeprägten Selbstbewußtseins die Gefahr erkennt und von ihren Machtmitteln rücksichtslos Gebrauch macht. Die einzige Rettung für das Kapital ist: das Proletariat so zu dezimieren, daß es zu einem Angriff nicht mehr fähig ist.

Jedoch eine Lösung ist nicht gegeben. Der Zusammenbruch des Kapitals kann nicht nur gesehen werden von der rein technischen Seite. Erst die Lockerung und Zer-

*) Wir geben hier das Referat über „Programm und Taktik" wieder, das auf der Reichskonferenz gehalten wurde.

Der Anleiherummel abgebrochen

Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß der ganze Anleiherummel für das Proletariat ohne positiven Wert ist. Für die Bourgeoisie aber würde eine Anleihe eine Atempause bedeuten, den Feldzug gegen die Arbeiterklasse noch besser zu organisieren.

Der größte Teil der Anleihe sollte nicht dem deutschen Staat oder der deutschen Industrie ausgezahlt werden, sondern Deutschlands Reparationsgläubigern. Deutschland ist mit seinen Zahlungen auf Kriegsentschädigung mit großen Summen im Rückstande, in erster Linie an Frankreich. Frankreich kann wieder ohne die deutschen Zahlungen nicht leben. Außerdem wird es bedrängt von Amerika, denn auch Amerika ist auf die Zahlungen angewiesen. Die Anleihe aber kann nur vom amerikanischen Kapital kommen. Die ganze Anleihe würde in der Hauptsache eine Umbuchung von Schulden bedeuten.

Frankreich schuldet an Amerika mehr als 120 Milliarden Mark. Einige Milliarden hat es aus den von Deutschland erhaltenen Reparationszahlungen zurückgezahlt. Diese abgezahlten Summen sind aber nicht größer als die aufgelaufenen Zinsen. Trotz fortlaufender Zahlungen werden seine Schulden an Amerika nicht geringer.

Amerika hat selbst noch mehr Staatsschulden an seine Kapitalisten. Seine Forderungen an Europa betragen die phantastische Summe von rund 3300 Milliarden Mark! Es ist also gezwungen, laufende Forderungen einzuziehen, um seine Gläubiger zu befriedigen.

Die Gläubiger des politischen Staatenbundes Amerika — die amerikanischen Kapitalisten — wieder sind diejenigen, von denen die Anleihe erhofft wird. Sie können, wollen sie Profit machen, ihr Geld nur unter der Bedingung hergeben, daß der Staat Amerika von seinen Forderungen an Europa nachläßt. Wir haben gezeigt, daß das nicht geht, denn die amerikanischen Kapitalisten können ebensowenig auf ihre Forderungen verzichten. Auch der Staat Amerika wünscht, daß die europäischen Reparationsgläubiger Deutschlands ihre Forderungen ermäßigen. Sie können es ebensowenig als die Amerikaner.

Die Anleiheverhandlungen haben sich ganz naturgemäß zerschlagen. Wäre die Anleihe zustandegekommen, würde das an der Weltwirtschaftslage wenig geändert haben. Deutschland würde zwar für kurze Zeit weniger bedrängt. Seine Verpflichtungen aber würden größer und drückender und das Bedürfnis seiner Gläubiger ebenfalls. Der Zusammenbruch könnte um eine Kleinigkeit verschoben werden. Weitblickende Großkapitalisten sind deshalb auch gar nicht für die Anleihe eingenommen. Auf weitere Sicht berechnet, müßte sie die Produktion verteuern. Auch für den kleineren Teil der Anleihe, der für Industriekredite Verwendung finden sollte, ist man in diesen Kreisen nicht besonders eingenommen. Die von Holland vor langer Zeit der deutschen Industrie eingeräumten Kredite sind nur zu einem sehr kleinen Teil in Anspruch genommen, da sie einen Profit nicht gewährleisten.

Es gibt keinen Ausweg aus dem kapitalistischen Irrgarten, wenn der Profit gewahrt bleiben soll. Diese einfachen Aufzeichnungen schon zeigen uns, daß weder die Anleihefrage noch alle anderen politischen Maßnahmen der Bourgeoisie nicht von dem bösen Willen der französischen Nationalisten oder dem guten Willen der englischen Demokratie abhängig sind, oder von menschenfreundlichen Handlungen oder der Profitsucht amerikanischer Bankiers. Alle diese Handlungen werden diktiert von der wirtschaftlichen Notwendigkeit.

Würden auch alle Schulden der Welt getilgt, für das Proletariat wäre das ohne jede Bedeutung. Kein Proletarier besäße einen Hosenknopf mehr. Der Brennpunkt des kapitalistischen Zusammenbruchs würde in diesem Falle nach Frankreich verschoben.

Der amerikanische Multimilliardär Morgan hat vor seiner Abreise von Paris der Presse eine Erklärung abgegeben, in der er u. a. sagte:

Als er die Einladung der Reparationskommission zum Eintritt in den Anleiheausschuß erhalten habe, habe er zunächst gezögert. Da er aber empfunden habe, daß die Angelegenheit für Europa und wegen ihrer Handelsbeziehungen zu Europa auch für die Vereinigten Staaten von so ungeheurer Wichtigkeit sei, daß er die Einladung nicht ablehnen können, so sei er in rein privater Eigenschaft mit der Hoffnung nach Paris gekommen, etwas Positives zu erreichen. Seine Bemühungen um eine Ausgleichung oder Herabsetzung der Reparationszahlungen seien an den Differenzen zwischen Frankreich und England gescheitert. Er sei dann zu dem Schluß genötigt gewesen, daß eine deutsche Anleihe von der unter den obwaltenden Umständen erforderlichen Art vom amerikanischen Kapitalmarkte nicht angeboten und aufgenommen werden könne.

Der Bericht des Pariser Anleihe-Ausschusses wird von einem erheblichen Teil der führenden Pariser Blätter einer scharfen Kritik unterzogen. Im „Echo de Paris", dessen Beziehungen zum Ministerium des Aeußern bekannt sind, schreibt der Nationalist Pertinax, der Bericht sei nicht wirtschaftlicher Natur, sondern rein politisch, und zwar mit einer deutlichen polemischen Spitze gegen Frankreich, das nunmehr gezwungen sein werde, sein Wiedergutmachungssystem durchzuführen: Wiedergutmachungen in Natur und in Arbeitsleistung, Beschlagnahme der ausländischen Devisen, die die Deutschen im Besitz haben, Organisierung einer Kontrolle, und zwar soll diese Kontrolle ebenso energisch gehandhabt werden wie die im Jahre 1920 errichtete Militärkontrolle. Wenn die Deutschen, „wie es wahrscheinlich sei", nicht Folge leisten würden, müßte Frankreich unabhängig von den Verbündeten vorgehen. Niemand könne es dabei hindern.

Was die Anleihe für einige Monate abgeschwächt hätte, muß jetzt in verschärftem Maßstabe einsetzen: eine schnellere Rotation der Notenpresse, Entwertung der Mark und der Löhne, Anziehung der Steuerschraube, Preissteigerung in der Lebenshaltung des Proletariats. Für das Kapital gibt es nur ein Mittel, den Zusammenbruch aufzuhalten: Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit. Die Umstände sind gegenwärtig die denkbar günstigsten. Die Auslandsaufträge der Exportindustrie gehen rapid zurück, so daß in absehbarer Zeit mit Arbeitslosigkeit in größerem Maßstabe zu rechnen ist. Große Massen der abwehrfähigsten Proletarier sind durch die verbrecherische Gewerkschaftstaktik in monatelangen Kämpfen zermürbt. Und die Bureaukratie ist auf dem besten Wege, die noch kampffähigen Proletarier zu zersplittern und in Fesseln zu schlagen. Nichts weiter bedeuten die Parolen für die „Einheitsfront", „für ein Stück Brot", für oder gegen Moskau, und die von der Gewerkschaftsbureaukratie und den sozialdemokratischen Regierungsmännern geborenen Zuchthausgesetze.

Wenn sich das Proletariat jetzt nicht aufrafft, den auf allen Seiten gut vorbereiteten Ansturm des Kapitals und den Verrat der Gewerkschaften zurückzuschlagen, wird es eine Schlappe erleiden, die es so leicht nicht verwinden wird.

Auch für das Proletariat gibt es nur einen Weg, seinen Untergang aufzuhalten: Zusammenschluß in den Betrieben und diese zusammenfassen zur bonzenfreien Klassenfront. Untergang in Jammer und Elend oder Angriff auf der ganzen Linie.